



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7
Dienstag, 2. Juni 2009
18:02 - 20:56 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.06.09

| | | |
|---------------------|----------------------------------------------------------------|-----------|
| Vorsitz: | Christa Flückiger | SP |
| Protokoll: | Gabriele Behring-Hirt | |
| Stimmzähler: | Martin Egger Beat Steinacher | FDP SP |
| Anwesend: | Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 35 Mitglieder | |
| Entschuldigt: | | |
| Anfang der Sitzung: | Rainer Schmidig | EVP |
| Ganze Sitzung: | Daniel Preisig | JSVP |

BEHANDELTE TRAKTANDEN

| | | |
|---|--------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 | VdSR Parkleitsystem | Seite 192 |
| 2 | Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040 | Seite 205 |

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

| | | |
|--------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 18.09.07 | VdSR Gestaltung Freier Platz | FK |
| 08.06.09 | VdSR Fachkommission Gestaltung Freier Platz | |
| 14.01.08 | VdSR Schulraumplanung 2008-2017 | SPK |
| 12./18.03.08 | VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat | FK |
| 29.07.08 | VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“ | SPK |
| 16.09.08 | VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes | SPK |
| 21.10.08 | VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09) | GPK |
| 21.10.08 | VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung | GPK |
| 12.03.09 | Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet? | |
| 24.03.09 | VdSR Änderung von Art. 29 und Art. 53 Bauordnung (Materialbewirtschaftungszone), Zonenplanänderung Nr. 4 Recyclingplatz Kieswerk Solenberg, Materialbewirtschaftungszone | FK |
| 24.03.09 | VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnützungsübertragungen und Parzellierungen | FK |
| 23.03.09 | Postulat von Till Hardmeier (JFSH): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH | |
| 24.03.09 | Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur | |
| 31.03.09 | Postulat von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen | |
| 28.04.09 | Rechnung 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen VdSR Areal Diana, Landverkauf GB Nr. 1673, 1695 und 4134 | GPK |
| 05.05.09 | Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabep Praxis | |
| 19.05.09 | VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate | |
| 19.05.09 | Postulat von Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig (JSVP), Simon Stocker (AL): Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen! | |
| 28.05.09 | Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption | |

2009 Kleine Anfragen:

| | | | |
|---|-----------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 2 | Dr. Raphaël Rohner (FDP) | Sport- und Freizeitanlagenkonzept wie weiter? | 24.03.09 |
| 4 | Dr. Raphaël Rohner (FDP) | Weiterer Klärungsbedarf im freihändigen Verfahren und im Einladungsverfahren bei Bauprojekten der Stadt | 07.04.09 |

| | | | |
|----|---------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 5 | Walter Hotz (FDP) | Gebühren für Amtshandlungen und Dienstleistungen | 15.04.09 |
| 6 | Walter Hotz (FDP) | Krisenkommunikation des Stadtschulrates | 25.04.09 |
| 7 | Hermann Schlatter (SVP) | Redimensionierung der Poststellen – wie steht es um die Poststelle 8231 Hemmental? | 27.04.09 |
| 8 | Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) | Sauberkeit in der Stadt Schaffhausen | 29.04.09 |
| 9 | Till Hardmeier (JFSH) | Leistungen der Stadt an Nahestehende | 06.05.09 |
| 10 | Marianne Schwyn (SP) | Jugendarbeitslosigkeit | 28.05.09 |

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Parkleitsystem

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 21.10.08 und die Anträge in der Schlussabstimmung mit **25 : 7 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21.10.08 betreffend Parkleitsystem.
2. Für die Realisierung des Parkleitsystems bewilligt der Grosse Stadtrat zulasten des Parkplatzgebührenfonds einen Kredit von Fr. 1'161'000.--.
3. Die Betreiberinnen und Betreiber der an das Parkleitsystem angeschlossenen Parkieranlagen werden im Verhältnis der von ihnen bewirtschafteten Parkplätze an den Betriebs- und Unterhaltskosten des Parkleitsystems belastet.
4. Ziff. 2 dieses Beschlusses wird nach Art. 10 lit. d Ziff. 2 der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet.
5. Die Motion Nicole Herren vom 13.12.06 betreffend Parkleitsystem wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 2 Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040

Die Motion wird von Urs Tanner (SP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feuer detailliert beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert. Der Motionstext wird wie folgt abgeändert:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zum Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2050 vorzulegen. Dieser Grundsatz sei unter gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in der Stadtverfassung zu verankern.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **21 : 11 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die siebte Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie des Gastes auf der Tribüne.

Die **Ratspräsidentin** äussert den Wunsch, dass die Ratsmitglieder versuchen sollten, die Sitzungen nicht künstlich zu verlängern, das heisst in ihren Voten nur zur Sache zu sprechen und persönlich angreifende Wortspiele möglichst zu unterlassen, obwohl dies - unter Einhaltung gewisser Anstandsregeln und in bestimmten Situationen - eine Auflockerung bringen, aber auch einen Lärmpegel überschreiten kann, der die Sitzung stört. **Christa Flückiger (SP)** bittet das Parlament, diese Bemerkung nicht persönlich, aber ernst zu nehmen, das heisst die Ratspräsidentin verlangt damit etwas mehr Ruhe im Saal.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Beiblätter zum Austausch in den Rechnungsunterlagen 2008
- Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage Nr. 3/2009 von Walter Hotz (FDP): Gewalttätige Auseinandersetzungen in der Stadt Schaffhausen vom 02.06.09
- VdSR Gestaltung Rheinufer vom 19.05.09. Die Zuteilung an das vorberatende Gremium erfolgt an der nächsten Bürositzung.
- Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2008
- Flyer zur Unterstützung von Drillingen aus Neuhausen. Obwohl diese Familie in Neuhausen wohnt, hat sich die Ratspräsidentin erlaubt, den Flyer auf den Pulten der Ratsmitglieder aufzulegen. Die Familie sucht unter anderem dringend eine grössere Wohnung und vielleicht kann auf diesem Weg Unterstützung angeboten werden und die Stadt Schaffhausen würde eine junge Familie gewinnen.

Wie bereits im März 09 erwähnt, wird die Ratssitzung vom 15. September 09 definitiv in den Hallen für Neue Kunst stattfinden.

Zuweisung VdSR Hängige Motionen und Postulate vom 19.05.09:

Das Büro schlägt vor, dieses Geschäft zur Vorberatung in die GPK zuzuweisen. *Kein Gegenvorschlag, so genehmigt.*

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 6 vom 19. Mai 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Wortmeldungen Thomas Hauser (FDP):

"Ich kann Ihrem Wunsch, die Ratssitzungen nicht künstlich zu verlängern, zwar nicht ganz nachkommen - aber ich werde mich kurz halten. Ich spreche einerseits zur Traktandenliste und möchte andererseits eine persönliche Erklärung abgeben. Vor bald einem Jahr - im Juli 2008 - kam die Vorlage zur Abgabe im Baurecht von Land

an der Bachstrasse und Munothalde in den Rat. Die Spezialkommission hat zweimal getagt und ist zum Schluss gekommen, ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) einzufordern, und zwar am 17.11.08. In Erwartung dieses Berichtes wurde am 27.04.09 eine dritte Sitzung festgelegt; da der Bericht jedoch nicht vorlag, wurde die Sitzung auf morgen, 3. Juni 09, verschoben. Jetzt liegt der Bericht wieder nicht vor und die morgige Sitzung fällt erneut ins Wasser - dies missfällt mir gewaltig. Wenn in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit private Investoren durch eine so langsame Vorgehensweise des ENHK am Realisieren von Projekten gehindert werden, ist dies unverantwortlich. Wenn der Kanton in der gleichen Zeit Notprogramme schnürt und Bauvorhaben vorzieht, ist dieser ENHK-Bummelzug doppelt unverständlich. Ich möchte von hier aus die ENHK-Leute bitten, aus ihrem Bummelzug einen Schnellzug zu machen. SR Peter Käppler weiss wie dies geht, er kommt von der SBB. Bitte machen Sie dieser Kommission Dampf, damit es vorwärts geht. “

SR Peter Käppler hat grosses Verständnis für diesen Ärger, zumal er selbst auch sehr verärgert ist; es wurde damals zugesichert, dass der erste Termin sehr realistisch sei. Nachträglich erfolgten immer wieder Verzögerungen, die das Geschäft erheblich behindern. Der Baureferent hofft, dass der ENHK-Kommissionspräsident Herbert Bühl diese Rüge hört und Dampf aufsetzt. Der Entscheid der Spezialkommission, ihre Sitzungen bis zum Vorliegen des verlangten Gutachtens zu sistieren, müsse jedoch akzeptiert werden.

Traktandum 1 VdSR Parkleitsystem

Thomas Hauser (FDP)

**Bericht der Fachkommission Planung
und Verkehr**

”An der dritten Sitzung hat die Fachkommission Planung und Verkehr die Vorlage des Stadtrates Parkleitsystem vom 21.10.08 beraten. Gerne gebe ich Ihnen den Inhalt der Beratungen und das Resultat bekannt.

Bereits im Jahr 2002 hat sich das Stimmvolk der Stadt Schaffhausen mit dem Thema Parkleitsystem befasst und eine Vorlage, vor allem aus Kostengründen, abgelehnt. Da man aber den grossen und unnötigen Parkplatzsuchverkehr aus Umweltschutzgründen möglichst klein halten oder ihn gar zum Verschwinden bringen möchte, hat Nicole Herren das Thema in einer Motion, die vom Grossen Stadtrat erheblich erklärt wurde, wieder aufgenommen.

Die dadurch neu geschaffene Vorlage betreffend Parkleitsystem ist wesentlich billiger als die Vorlage aus dem Jahr 2002. Sie kostet nur noch Fr. 1'161'000.--, weil die Verkabelung der Lichtsignalanlagen zu 95% derjenigen des Parkleitsystems dienen kann und die nötigen Computeranlagen immer kostengünstiger werden. Zudem wurden die Parkhausbetreiber aufgefordert, die nötigen Anschlüsse anzubringen. Ohne Abstriche am sinnvollen, ehemaligen Projekt vornehmen zu müssen, wird also die Neuauflage wesentlich günstiger, wie erwähnt Fr. 1'161'000.-- sowie Fr. 21'000.-- für den jährlichen Unterhalt.

Wie Sie der Vorlage entnehmen können, wird das Parkleitsystem die Zonen Schaffhausen Süd/Nord und West umfassen. Die Zuweisung der Fahrzeuge erfolgt vorwiegend durch Anzeigetafeln. Nicht im System sind der Kirchhofplatz und der Platz aus verfahrenstechnischen Gründen sowie das Kammgarnareal wegen der

ungewissen Zukunft.

Die Kommission hatte nichts gegen die Vorlage einzuwenden und somit wurde einstimmig Eintreten beschlossen. In der Detailberatung wurden folgende Punkte diskutiert:

1. Die Namensgebung für unsere Parkierungsanlagen ist als nicht touristenfreundlich taxiert. Warum heisst es zum Beispiel Brühlmannareal und nicht Schwabentorparkplatz? Dieser berechtigten Frage nimmt sich der Stadtrat in Zusammenarbeit mit den Parkhausbetreibern an.
2. Es wurde festgestellt, dass immer mehr öffentliche Parkplätze, die der Stadt Geld brachten, unter anderem zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, in private Parkhäuser verschoben werden und die Einnahmequellen versiegen. Da hat sich in der Diskussion gezeigt, dass es an sich richtig wäre, wenn die Stadt Schaffhausen ein eigenes Parkhaus mit einer Rendite von gegen 6% erstellen würde. Bei einer Investition von Fr. 5 Mio. würden alljährlich Fr. 300'000.-- in den Parkplatzfonds fließen. Eine andere Möglichkeit wäre der Kauf von Aktien der Parkhaus Herrenacker AG oder vom Stockwerkeigentum Areal Bleiche. Nun, diese Frage konnten wir nicht abschliessend behandeln. Obwohl es interessante Überlegungen sind, haben sie nur indirekt mit der vorliegenden Vorlage zu tun.
3. Es kam die Frage auf, ob vom Agglomerationsprogramm *Schaffhausen plus* Geld für das Parkleitsystem erwartet werden könne. Das ist aber sehr ungewiss. Dieses Programm läuft erst ab dem Jahr 2011. Bis dann sollte das Parkleitsystem aber bereits realisiert sein.
4. Die Fachkommissionsmitglieder waren der Meinung, dass man am Parkhauskonzept der Arbeitsgruppe und des damaligen runden Tisches festhält; dies auch betreffend Parkplatzbewirtschaftung auf der grünen Wiese, wenn Geschäftserweiterungen vorgenommen werden.
5. Da es sich um ein nicht ganz unumstrittenes Geschäft handelt, sah die Kommission kein vereinfachtes Verfahren. Im September möchte man mit dem Geschäft vor die Volksabstimmung. So wäre es ungeschickt, mit dem vereinfachten Verfahren den Zeitplan zu gefährden.

Zum Abschluss der Beratungen stimmte die Kommission Planung und Verkehr der Vorlage Parkleitsystem mit 7 : 0 Stimmen zu. Ich bitte Sie im Namen der Kommission, die Vorlage Parkleitsystem im positiven Sinn zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden.

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

Praktisch oder fast alle Mitglieder werden dieser Vorlage zustimmen. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Bei der zur Debatte stehenden Vorlage Parkleitsystem kann ich mich kurz fassen, einerseits weil sie in unserer Fraktion unbestritten war, andererseits weil sie vom Sprecher der Fachkommission, Grossstadtrat Thomas Hauser, bereits mit allen nötigen Details vorgestellt worden ist.

Für die Zustimmung waren für uns folgende Punkte wegweisend:

1. Ökologische Aspekte infolge der zu erwartenden Reduktion des Suchverkehrs
2. Klares Bekenntnis von allen Seiten, dass an den Beschlüssen des so genannten runden Tisches *Parkraumplanung* festgehalten wird und somit die noch bestehenden Parkplätze in der Altstadt (insbesondere Kirchhofplatz und Platz) in nahe gelegene Parkhäuser verschoben werden, sobald es die Situation erlaubt.
3. Gegenüber der ersten Vorlage von 2002 deutlich reduzierte Kosten

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Wunsch aus der Fraktion einbringen: Wir wünschen uns, dass die Fussgängerführung vom Parkhaus Feuerwehrzentrum Richtung Stadtzentrum verbessert wird. “

Marianne Schwyn (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Zuerst möchte ich mich bei unserem Kommissionspräsidenten für die stets effiziente Leitung unserer Kommissionssitzungen und allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Die **SP/AL-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Die Minderheit wird sich dann noch selbst zu Wort melden.

Das Parkleitsystem ist eine Massnahme aus dem Gesamtverkehrskonzept und dem Agglomerationsprogramm *Schaffhausen plus*. Obwohl nun das Parkleitsystem nicht zu unserer Lieblingsblume aus dem insgesamt geplanten Massnahmenstrass gehört, wir diesen Strass aber insgesamt sehr begrüessen, werden wir die Vorlage unterstützen.

Trotzdem ist es uns wichtig, an dieser Stelle auf einige Punkte hinzuweisen. Ein Parkleitsystem, welches zum Ziel hat, den Suchverkehr in der Stadt und damit gleichzeitig den Schadstoffausstoss zu reduzieren, kann diesem Ziel nur gerecht werden, wenn gleichzeitig flankierende Massnahmen ergriffen werden. Dazu gehört, dass, wie in der Parkraumplanung beschlossen und leider immer noch nicht umgesetzt, die Parkplätze in der Altstadt aufgehoben werden. Wir haben immer wieder auf diese nach wie vor unbefriedigende Situation hingewiesen, und ich habe in einem meiner letzten Voten insbesondere die unromantischen Gegebenheiten auf dem Platz vor dem Standesamt beklagt, wobei auch die Versprechen der Herren Hotz und Rohner bezüglich Platzsperre und Weinspende keinen autobefreiten Platz und damit die Romantik herbei zaubern können.

Eine weitere flankierende Massnahme, welche der Stadtrat auch unabhängig von einem Parkleitsystem dringend an die Hand nehmen muss, ist die Einführung von einheitlichen Tarifen für die hoffentlich bald nur noch wenigen öffentlichen Parkplätze ausserhalb der Parkhäuser. Wenn nämlich trotz Parkleitsystem schlaue einheimische Autofahrerinnen und Autofahrer auf der Suche nach den günstigsten Parkplätzen fünfmal quer durch die Stadt kurven, können wir das Geld für diese Anlage sparen. Von einer ökologisch sinnvollen Sache kann dann nicht mehr die Rede sein.

Apropos Geld sparen, beziehungsweise einnehmen: Der von der SP eingebrachte und - wie es scheint - in der Kommission bereits auf offene Ohren gestossene

Vorschlag, die Stadt soll prüfen, ob - und falls ja, in welcher Form - sie sich als Parkplatzbetreiberin betätigen könnte, sollte vom Stadtrat tatsächlich ernst genommen werden. Damit könnten die durch die Aufhebung der Parkplätze in der Altstadt entstehenden Mindereinnahmen weiter wettgemacht werden. Man muss schliesslich die lukrativeren Geschäfte nicht immer nur den Privaten überlassen. "

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"In unserer Fraktion wurde die Grundsatzdiskussion geführt, ob die Stadt Schaffhausen ein Parkleitsystem braucht oder nicht. Nachdem die letzte Vorlage beim Stimmbürger keine Akzeptanz fand, sind die Fragen was für einen Nutzen ein Parkleitsystem bringt und was sich gemäss der letzten Abstimmung verändert hat, berechtigt.

Fest steht

- dass heute mehrere Parkhäuser zur Verfügung stehen
- dass die Stadt bereit ist, öffentliche Parkplätze neu zu bewirtschaften
- die Hoffnung berechtigt ist, dass der Suchverkehr reduziert wird
- dass ein Parkleitsystem besucherfreundlich und zeitgemäss ist.

Ich stelle aber heute Abend auch fest, dass - wie bereits von meiner Vorrednerin festgestellt - es scheinbar immer noch Leute gibt, welche die günstigsten Parkplätze suchen. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf.

Die Kosten wurden auf ein einigermaßen akzeptables Mass reduziert und die Kostenaufteilung, vor allem für die Betriebs- und Unterhaltskosten, durch die privaten Parkhausbetreiber ist nach meiner Ansicht zwingend notwendig und gerecht.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird der Vorlage Parkleitsystem zustimmen. "

Walter Hotz (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Aufgrund der heutigen Wirtschaftslage dürfen wir sicher bei dieser Vorlage von einer Luxusinvestition sprechen. Damals, als die Motion am 13. Dezember 2006 von der ehemaligen Grossstadträtin Nicole Herren eingereicht wurde, waren wir alle in einer wirtschaftlichen Euphorie. Wir wissen heute, dass sich die Wirtschaftslage dramatisch verschlechtert hat. Deshalb müssen wir zukünftig bei allen Vorlagen, die uns Geld kosten, eine knallharte Wirtschaftlichkeitsberechnung machen, und zwar unabhängig davon, ob dieses Geld von einem Fonds kommt oder allenfalls von einem Bundesprogramm gesprochen wird,

Man kann sich sicher fragen, ob es bei diesem Vorhaben überhaupt möglich ist, die Wirtschaftlichkeit zu berechnen. Ich glaube ja. Die Wirtschaftlichkeit berechnet sich so, dass der Ertrag über dem Aufwand steht, das heisst bei Errechnung der Wirtschaftlichkeit werden die Aufwendungen einer Periode auf die Erträge bezogen. Fallen die Erträge grösser als die Aufwendungen aus, ist dies ein guter Hinweis für die Wirtschaftlichkeit eines Vorhabens. Bei diesem Vorhaben müssen wir die Vor- oder Nachteile der geplanten Investition ermitteln.

Für mich hat die Projektvorlage eines Parkleitsystems in der Altstadt zurzeit die Wirtschaftlichkeit noch nicht erreicht. Ich betone ausdrücklich, noch nicht erreicht. Nicht nur in Franken und Rappen sondern auch betreffend Reduktion der Umweltbelastungen, bezüglich Attraktivierung der Altstadt und betreffend Betriebs-

und Unterhaltskosten.

Zu den Betriebs- und Unterhaltskosten: Für mich sind die in der Vorlage aufgeführten Betriebs- und Unterhaltskosten von rund jährlich Fr. 21'000.-- viel zu tief budgetiert. Sie müssen eine solche Anlage innerhalb von 10, besser innerhalb von 5 Jahren abschreiben. Das würde also bedeuten, wenn wir die Zentralausrüstung und die dynamischen Signale zusammenrechnen, dass die Abschreibungskosten innerhalb von 5 Jahren Fr. 82'000.-- oder innerhalb von 10 Jahren Fr. 41'000.-- jährlich betragen.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass gerade bei solchen Zentralausrüstungen und dynamischen Signalen (in der Regel sind es Industriesteuerungen mit Elektronikteilen) die Ersatzteilbeschaffung nach 10 Jahren nicht mehr möglich ist. Was wiederum bedeutet, dass spätestens in 10 Jahren ein neuer Industrierechner beschafft werden muss, und damit ist auch die kurze Abschreibungszeit begründet. Frage an den Baureferenten: Warum wird diese Computersteuerung nicht geleast, wie es ja heute bei jedem städtischen Arbeitsplatz gemacht wird?

Wenn Sie rund Fr. 1,2 Mio. für nur 642 Parkplätze investieren, so müssen Sie sich auch Gedanken über diese Gesamtkosten machen. Kann man hier von Wirtschaftlichkeit sprechen? Sie alle werden das heute Abend entscheiden müssen.

Abschliessend zu der irrigen Meinung der Reduzierung der Umweltbelastung und Attraktivierung der Altstadt: Bei einer derart kleinen Bewirtschaftung von 642 Parkplätzen werden Sie weder eine Reduktion der Umweltbelastung, noch eine grössere Frequenz der Altstadtgeschäfte erreichen. Wir würden nämlich den Betrag von Fr. 1,2 Mio. besser in zusätzliche Parkplätze investieren. Damit würden wir den Suchverkehr reduzieren und die Umweltbelastung mindestens nicht erhöhen, und es wäre eine viel bessere Investition für die Attraktivierung der Altstadt.

Aufgrund meiner Überlegungen bin ich der Ansicht, dass diese Investition heute zu früh kommt. Wir müssen eine viel grössere Anzahl Parkplätze bewirtschaften und die wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten dem Steuerzahler genauer ausweisen, beziehungsweise genau berechnen. Einmal mehr fehlt es an der Kostenwahrheit, das heisst, die Vorlage ist zu sistieren und nach der Fertigstellung der Parkhäuser Bleiche, Diana, Bachstrasse nochmals neu zu bearbeiten, und zwar mit einer realistischen Betriebs-, Unterhalt- und Abschreibungskostenzusammenstellung. Dies sind wir dem Steuerzahler in der heutigen Wirtschaftslage schuldig.

Ich stelle deshalb den Antrag: Die Vorlage des Stadtrates vom 21. Oktober 2008 „Parkleitsystem“ ist an die zuständige Fachkommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag die jährlichen Betriebs-, Unterhalt- und Abschreibungskosten genauer zu berechnen, beziehungsweise auszuweisen, und zwar unter der Berücksichtigung der in Planung stehenden neuen Parkhäuser, Bleiche, Diana und Bachstrasse. Weiter wird die Fachkommission beauftragt, eine Leasingvariante für das Parkleitsystem zu prüfen und den Mitgliedern des Grossen Stadtrates und den Bürgern der Stadt Schaffhausen vorzuweisen. “

Christoph Lenz (AL)

Votum

„Ich spreche als Minderheitssprecher der SP/AL-Fraktion zur Vorlage Parkleitsystem. Jene, die schon länger im Rat sind, können sich vielleicht daran erinnern, dass ich mich damals schon gegen die Überweisung der Motion aussprach. Die Gründe sind

teilweise die gleichen, es sind deren vier, die mich dazu veranlassen, auch gegen die heute zur Diskussion stehende Vorlage zu sein.

1. Das Volk hat das Parkleitsystem vor sieben Jahren abgelehnt, über diesen Grund könnte ich allenfalls hinweg sehen; es ist ja bekannt, dass das Volk nicht unfehlbar ist, obwohl es bestimmt. Nicht einmal der Stadtrat ist unfehlbar.
2. Der zweite Grund ist der ökologische Aspekt. Der Stadtrat behauptet, durch das Parkleitsystem liesse sich der Schadstoffausstoss in der Stadt Schaffhausen reduzieren. Diese Logik hat mir schon bei der Begründung der Motion von Nicole Herren Bauschmerzen verursacht, weil die Logik des Strassenverkehrs grundsätzlich eine andere ist, und zwar jene, dass die Attraktivierung des Strassenverkehrs zu noch mehr Strassenverkehr führt. Jede Strasse, die gebaut wird, führt zu mehr Verkehr und jedes neue Parkhaus ebenfalls. Natürlich erhöht ein Parkleitsystem die Gewissheit, dass man in der Stadt Schaffhausen zügig einen Parkplatz findet, was den motorisierten Individualverkehr abermals attraktiviert. Deshalb kann ich den angeführten ökologischen Gründen gar nicht folgen.
3. Der dritte Grund ist die Mär vom Suchverkehr. Der Stadtrat behauptet, dass ein Parkleitsystem den lästigen Suchverkehr, den auch ich so empfinde, massiv verhindert. Der eigentlich störende Suchverkehr ist aber meiner Meinung nach nicht jener, der auf der Bachstrasse oder der Rheinstrasse stattfindet, sondern jener, der in der Repfer- oder Münstergasse oder auf dem Kirchhofplatz stattfindet. Eine Lösung dieses Problems besteht seit 2001 - ich war damals noch nicht im Rat. Gemäss den Unterlagen der Parkraumplanung, die ich mir bestellt habe, ist vorgesehen, dass im Altstadtkern ab 2005 keine Parkplatzprobleme mehr bestehen. Für mich liegt die Lösung in der Umsetzung dieses Parkraumplanungsbeschlusses, den damals auch die bürgerlichen Parteien mitgetragen haben; ich hoffe, sie tun es heute auch noch und betrachten diesen Beschluss als bindend und verbindlich. Ich bin gespannt auf die Ausführungen von SR Peter Käppler dazu. Soweit ich weiss, wären wir heute in der Lage, 86 Parkplätze im Altstadtkern aufzuheben, weil das Äquivalent an der Peripherie in Parkhäusern bereits zur Verfügung steht. Sofern der Stadtrat wirklich etwas am Suchverkehrsproblem verändern möchte, müsste er kein Parkleitsystem einrichten und damit den motorisierten Individualverkehr weiter attraktivieren, sondern den seit 8 Jahren bestehenden Parkraumbeschluss endlich konsequent umsetzen. 80% des Verkehrs in der Stadt sind nicht touristischen Ursprungs wie gerne insinuiert wird, sondern es handelt sich um den hausgemachten "Id Stadt go poschte" Verkehr. Es braucht ein Umdenken seitens der Stadtbewohner und seitens des Stadtrates, damit diese Leute nicht mehr mit dem Auto in die Stadt gelockt werden, sondern mit den vorzüglichen Verkehrsbetrieben.
4. Jetzt komme ich zum eigentlichen Grund, weshalb ich an diesem Rednerpult stehe. Die Vorlage Parkleitsystem entspricht dem neoliberalen Sündenfall par excellence. Ich hätte mir nicht gedacht, dass man sich im Jahr 2009, nachdem letzten September der ganze "Wulst" neoliberaler Ideen und "Verqueren" von Ideologien an die Wand gefahren wurde, noch traut, eine solche Vorlage zu bringen, welche die Finanzierung von Investitionen auf die öffentliche Hand abwälzt, aber dann die Gewinne an Private ausgeschüttet werden. Das kann ich überhaupt nicht verstehen, und ich habe Mühe damit, dass auch bürgerliche Kreise dafür sind. Ich habe den Eindruck, man hat aus den letzten

acht Monaten nichts gelernt.

Was bewirkt und was ist ein Parkleitsystem? Nichts anderes als eine in der ganzen Altstadt verstreute Werbefläche, damit die privaten Parkhausbetreiber volle Häuser haben. Warum sollte dies eine Aufgabe der öffentlichen Hand sein, dass Parkhausbetreiber Gewinne scheffeln können, ohne sich an den Investitionen beteiligt zu haben? Wäre es ein Public private partnership-Projekt gewesen, hätte ich allenfalls darüber hinweg sehen können, und selbst wenn das Geld bereits vorhanden ist - was uns SR Peter Käppler später sagen wird, das Geld sei ja im Parkplatzgebührenfonds vorhanden - muss man es ja nicht für den erstbesten Blödsinn "verchlöpfen", der den Privaten die Gewinne in die Kasse spült.

Ich rufe Sie auf, nicht auf die Vorlage einzutreten, sie aber auch nicht zurückzuweisen, sondern abzuschreiben. Der Stadtrat soll zurück auf Feld 1 und nochmals beginnen, mit den privaten Parkhausbetreibern ein Projekt zu erarbeiten und vor allem die Finanzierung zu überprüfen, das heisst die Privaten die Investitionen machen zu lassen.

Die einzige Konsequenz dieser Vorlage, die für mich tauglich wäre, anders als die Ablehnung der Vorlage, ist die Verstaatlichung sämtlicher Parkhäuser; aber dafür lässt sich wohl kaum eine Mehrheit finden. "

Fabian Käslin (JFSH)

Votum

"Ich hätte nicht gedacht, dass ich dir so früh in meiner Grossstadtratskarriere Recht geben muss, zu einem grossen Teil wenigstens – nein, aber nicht zur Verstaatlichung. Auch die JFSH lehnt diese Vorlage klar und deutlich ab.

Die Notwendigkeit eines solchen Systems bezweifeln auch wir stark. Schaffhausen ist nicht Zürich oder London. Wir haben überschaubare Verhältnisse, auch bei den Parkplätzen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir hier wirklich ein Problem hätten. Der Suchverkehr beschränkt sich auf ein Minimum. Als Schaffhauser wissen wir, wo man Parkplätze findet und wo man lieber erst gar nicht suchen sollte. Teure Leitsysteme zu installieren ist Verhältnisblödsinn, denn der Verkehr ist hausgemacht, Christoph Lenz hat dies bereits erwähnt.

Die Kosten: Sie betragen mehr als eine Millionen Franken, das ist entschieden zu teuer. In der schwierigen wirtschaftlichen Situation heute sollte man sich genau überlegen, wofür man Geld ausgibt. Man kann Gescheiteres damit tun als leere Parkplätze auszuschildern; Schulden abbauen oder Steuern senken, sind nur zwei Beispiele.

Ein Parkleitsystem entspricht keiner Staatsaufgabe, das hat auch Christoph Lenz gesagt. In der Vorlage steht: *"Die Überwachung und Justierung der Parkplatzerfassung ist Sache der Betreiber"*, aber die Stromkosten werden von der Stadt bezahlt. Aus unserer Sicht sind nicht nur die Überwachung und das Justieren, sondern auch die Stromkosten und die Installation des Gesamtsystems Sache der Betreiber. Wenn die Betreiber der Parkhäuser ein solches Parkleitsystem wollen, dann sollen sie sich das organisieren. Wenn sie es nicht wollen, respektive es ihnen zu teuer ist, dann sollen sie es lassen. Die Stadt sollte es aber auf jeden Fall lassen.

Fazit: Ein Parkleitsystem für die Stadt Schaffhausen ist genauso sinnvoll wie Schulsozialarbeiter, sie sind gut gemeint, aber teuer und vor allem unsinnig. "

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

„Herzlichen Dank für die mehrheitlich gute Aufnahme des Geschäftes, was mich zwar nicht wundert, da Sie uns ja den Auftrag zur Erarbeitung einer Vorlage erteilt haben. Ich danke Thomas Hauser für seinen guten Bericht aus der Kommissionsarbeit und werde in meinen Ausführungen auch auf die kritischen Voten zurückkommen.

Wie bereits geschildert, führten zwei Wege zur Vorlage: Via Motion von Nicole Herren, die im Parlament vor zwei Jahren und zwei Monaten mit 41 : 4 Stimmen überwiesen wurde. Nicole Herren ist auf der Gästetribüne und verfolgt kritisch, was heute Abend diskutiert wird. Der andere Weg beschritt verschiedene Abklärungen seitens der Stadt, beispielsweise im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Schaffhausen, das 2006 abgeschlossen wurde. Hier werden unter dem Thema Verkehrsmanagement zwei Massnahmen aufgeführt, das heisst einerseits die Dosierung und Verkehrslenkung auf den Einfallachsen und andererseits wird ein Parkleitsystem empfohlen, dessen Ziele die Verminderung des Suchverkehrs im Bereich der Kapazitätsengpässe und der hohen Umweltbelastung sind. Intelligente Verkehrsleitsysteme - wie zum Beispiel Pfortneranlagen, die dafür sorgen, dass der Stadtverkehr flüssig verläuft oder eben das vorgeschlagene Parkleitsystem - und werden in Zukunft an Bedeutung zunehmen, weil sie günstiger wie der Bau von neuen Strassen sind und auch eine tatsächliche Wirkung erzielen. Über das Road pricing haben wir im Rat ebenfalls bereits diskutiert. Im Agglomerationsprogramm ist das Parkleitsystem ebenfalls berücksichtigt, vor allem seine Wirkung mit der Reduktion des Suchverkehrs, und bildet somit einen Bestandteil des gesamten Massnahmenkatalog.

Das Parkleitsystem bringt sowohl dem Kunden als auch dem Altstadtbesucher einen Nutzen: Sie finden ohne Stress einen freien Parkplatz, aber auch der Parkhausbesitzer profitiert von einer besseren Auslastung seines Parkhauses. Vor allem nutzt es aber den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Schaffhausen, insbesondere der Altstadt, weil die mit dem Suchverkehr verbundenen Immissionen wie Abgabe und Lärm deutlich reduziert werden und die Altstadt vom Verkehr entlastet wird. Die Gewerbetreibenden in der Altstadt können Werbung mit dem Parkleitsystem machen, da ihre Kundschaft einfach und schnell einen freien Parkplatz finden kann.

Im Jahr 2002 fand bereits eine Abstimmung über das Parkleitsystem statt. Obwohl keine Kampagne geführt wurde, fiel das Ergebnis sehr knapp aus: Es bestand bei 5'957 Ja-Stimmen und 6'199 Nein-Stimmen eine Differenz von 242 Stimmen. Damals wurden die ökologischen Argumente und der Nutzen eines Parkleitsystems für die Umwelt noch nicht im heutigen Umfang gewichtet. Ein weiterer wichtiger Faktor war die Tatsache, dass damals noch keine konkreten Details zur Fertigstellung der um die Altstadt geplanten Parkhäuser bekannt. Heute hat sich die Ausgangslage gegenüber 2002 sowohl für den Stadtrat als auch für die Fachkommission Bau stark verändert. Es besteht ebenso ein politischer Auftrag seitens des Parlaments, die Anstandsfrist nach einem negativen Volksentscheid ist nach fünf Jahren verstrichen und die Vorgaben aus dem Gesamtverkehrskonzept und dem Kantonalen Massnahmenplan Lufthygiene sind im Detail erarbeitet. Auch in der Arbeitsgruppe Attraktivierung der Altstadt wurde das Thema diskutiert und grundsätzlich fiel der Tenor zum vorgestellten Projekt sehr positiv aus; dies gilt auch andere wichtige Gruppierung der Altstadt wie der Einwohnerverein Altstadt, Pro City, die Interessensgemeinschaft Unterstadt sowie die Verkehrsverbände.

Verschiedene Parkhäuser stehen kurz vor der Fertigstellung. Walter Hotz (FDP) hat

gesagt, für 642 Parkplätze sei ein Parkleitsystem nicht nötig. Ich weise Sie an dieser Stelle darauf hin, dass in Kürze nochmals 500 Parkplätze zusätzlich entstehen; Parkhaus Diana mit 140 Parkplätzen, der Baubeginn ist erfolgt; im Parkhaus Bleiche sind 260 geplant, zurzeit läuft das Baubewilligungsverfahren; das Baurecht Bachstrasse wird 100 weitere Parkplätze bringen. Es sind somit bereits 1042 Parkplätze vorhanden und die Parkhäuser am Herrenacker Süd sowie das Parkhaus Schifflande sind seit 2002 ebenfalls in Betrieb. Deshalb erachtet es der SR als richtigen Zeitpunkt, die Umsetzung des Parkleitsystems einzuleiten, damit es nicht erst nach der Fertigstellung des Parkhaus Diana in Betrieb genommen werden und der Verkehr entsprechend dorthin geleitet werden kann.

Zu den Finanzen: Die aktuelle Vorlage ist günstiger als die alte; die Erläuterungen dazu haben Sie bereits gehört. Es werden keine Steuergelder verwendet, das Reglement des Parkplatzgebührenfonds schreibt die genaue Verwendung der Gelder vor. Ein schöner Teil geht an die Verkehrsbetriebe Schaffhausen, ein weiterer Teil wird für den Unterhalt der Parkplätze und der Parkuren ausgegeben und der Rest fliesst in den erwähnten Fonds (gemäss Rechnung 2008: Fr. 300'000.--); der momentane Stand beläuft sich per 01.01.09 auf Fr. 3'001'813.11, die zum Bau von neuen Parkplätzen oder beispielsweise für ein Parkleitsystem eingesetzt werden können. Dieses Geld wurde nicht nur die Steuerzahlenden der Stadt Schaffhausen bezahlt, sondern *alle* Benutzer der Parkplätze. Die Investition ist somit von denjenigen Personen finanziert, welche die Infrastruktur auch benutzen. Der Nachweis einer ökologischen Wirkung ist erbracht, und ich betrachte Umweltschutz nicht als Luxus, sondern auch in unserer Stadt als dringend notwendig.

Sie haben bemängelt, die Betriebsrechnung nicht logisch sei. Dadurch, dass die Investitionen durch den Parkplatzgebührenfonds finanziert werden können, ist in der Betriebsrechnung keine Abschreibung. Die erwähnten Fr. 21'000.-- Betriebskosten sind sehr realistisch, werden von den Parkhausbesitzern finanziert und basieren auf in anderen Städten gemachten Erfahrungen.

Flankierende Massnahmen sind - dies wurde ebenfalls bereits gesagt - aus wirtschaftlichen Gründen und zur Gewährleistung einer optimalen Verkehrslenkung notwendig. Die vielleicht etwas saloppe Aussage, dass Betreiber von Parkhäusern ziemlich viel Geld verdienen, stimmt nur bedingt; logischerweise wollen Investoren ihre finanziellen Mittel rentabel einsetzen, es kann mit einer Umsatzmarge von 4-6% der Investitionsposten gerechnet werden. Das ist nicht sehr viel Geld. Die Stadt muss den Parkhausbetreibern die Sicherheit geben können, dass ihre Investitionen funktionieren werden. Wir haben umfassende Verhandlungen nicht nur mit der AMAG im Zusammenhang mit dem Diana-Parkhaus geführt, sondern auch mit den Investoren des Bleiche Areals. Es ist schon nicht so, dass jeder Investor einfach ein Parkhaus bauen möchte, weil viele an deren zukünftiger Rentabilität zweifeln. Die Stadt muss mit flankierenden Massnahmen dafür sorgen, dass die Parkhäuser nicht durch billigere Parkplätze konkurrenziert werden. Das Parkleitsystem ist in diesem Zusammenhang ein entscheidender Faktor. Wir stehen zu den Vorgaben des runden Tisches Parkraumplanung. Die Parkhäuser Diana, Bleiche und Bachstrasse stehen noch nicht zur Verfügung, aber sie sind wichtige Faktoren, damit die Entlastung am Platz/Kirchhofplatz umgesetzt werden kann. Für die nächsten zwei bis drei Jahre entsteht ein gewisser Engpass, aber wir haben einen Ersatzparkplatz am Viehmarkt geplant. Christoph Lenz hat richtig bemerkt, dass die Umsetzung der Vorgaben des runden Tisches Parkraumplanung bis 2005 hätte abgeschlossen sein sollen, aber vergessen zu erwähnen, dass die erwähnten Parkhäuser noch nicht stehen. Hier ist nicht alleine der Stadtrat handlungsfähig, sondern es sind vor allem Investoren

gefragt.

Es wurde bezweifelt, dass Parkleitsysteme den Suchverkehr in den Stadtzentren verringern. Leider gibt es zum heutigen Zeitpunkt in der Schweiz keine konkreten Erhebungen und Untersuchungen über die Menge der eingesparten Fahrten, es besteht lediglich die Absicht, darüber zu forschen. Wir haben verschiedene Städte (Winterthur, Zürich) kontaktiert und nachgefragt. Der Suchverkehr belastet nicht nur den Altstadtverkehr, sondern auch die Hauptverkehrsstrassen wie die Bachstrasse oder die Spitalstrasse. Jeder wegfallende Verkehr an den stark belasteten Hauptverkehrsknotenpunkten trägt in der Stadt Schaffhausen zu einer allgemeinen Verbesserung der Verkehrssituation bei, vor allem in Verkehrsnetzen, die sich an der Leistungsgrenze befinden. Das Parkleitsystem ist eine Massnahme, die auf den gesamten Verkehr eine Wirkung hat.

Wir gehen davon aus, dass die Suchfahrten nach den billigsten Parkplätzen mit der Zeit abnehmen und sich die Stadt Schaffhauserinnen und Schaffhauser vom Komfort einer zielgerichteten Parkplatzzuweisung überzeugen lassen. Eine weitere positive Wirkung ist in Winterthur festgestellt worden: Die Parkhäuser im Zentrum sind dank der Verkehrslenkung regelmässiger ausgelastet, und es braucht wesentliche weniger Parkplätze wie ursprünglich angenommen. Damit können unnötige Investitionen verhindert werden.

Der Stadtrat ist nach wie vor überzeugt, dass mit dem Parkleitsystem eine sehr gute Wirkung erzielt wird und vor allem die Altstadt vom Verkehr entlastet wird und einen positiven Eindruck bei Besucherinnen und Besuchern hinterlässt. Betreffens sinnvolle Namensgebung (wie beim Parkhaus Schiffflände) haben wir Ihre Hinweise entgegen genommen und werden diese - gemeinsam mit den Eigentümern - überprüfen.

Für die Stadt Schaffhausen ist es schwierig als Parkhausbauherrin aufzutreten, wir sind sehr dankbar über private Investoren. Dass Einkäufe in grösseren Parkhäusern - beispielsweise mit Aktien oder als Stockwerkeigentümer - vom Parlament begrüsst werden, hat der Stadtrat sehr gerne zur Kenntnis genommen und wird entsprechende Verhandlungen führen, soweit dies möglich und ein sinnvolles Investment darstellt. Der Input von Dr. Paul Bösch betreffend Fussgängerführung vom Parkhaus Feuerwehrzentrum zur Altstadt werden wir gerne nachgehen.

Der Stadtrat hofft, dass Sie der Mehrheit des Grossen Stadtrates folgen werden und auf die Vorlage eingehen. Vor sieben Jahren ist diese Vorlage knapp abgelehnt worden, ich bedanke mich jetzt schon für Ihre Unterstützung im Abstimmungskampf, damit sich das Resultat der letzten Volksabstimmung nicht wiederholt und zum Wohle der Bevölkerung das Parkleitsystem eingeführt werden kann. “

Josef Eugster (SVP)

**Präsident der Fachkommission
Planung und Verkehr**

”Zu diesen drei Voten füge ich folgende Bemerkung an:

Das Geld stammt aus dem Parkplatzfonds (Fr. 1,2 Mio.), das heisst der Autofahrer hat es bezahlt, und dieser Betrag kann jetzt investiert werden, bis zur Fertigstellung der Parkhäuser. Die privaten Parkhausbetreiber werden auch die Betriebskosten und den Unterhalt der Anlage bezahlen. Ich glaube nicht, dass in 10 Jahren die Stadt für die Erneuerung der Rechner zur Kasse gebeten wird. Sollten wir den Zustrom in die

Einkaufszentren auf der grünen Wiese in der Agglomeration weiter fördern wollen, müssen wir den von Christoph Lenz vorgeschlagenen Weg einschlagen. Das Geld aus dem Parkplatzfonds für Steuerreduktionen oder den Schuldenabbau einzusetzen, ist absolut unmöglich, weil es sich dabei klar um zweckgebundene Gelder handelt. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

”Die Äusserung von Marianne Schwyn zu den flankierenden Massnahmen möchte ich so nicht im Raum stehen lassen. SR Peter Kämpfer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir vorübergehend in einen Engpass bezüglich Parkplatzangebot geraten werden. Es ist aber mit Nichten und Neffen so, dass wir die Ziele des am runden Tisch gemeinsam vereinbarten Parkraumplanungskonzepts erreicht oder gar überschritten haben. Ich weise klar darauf hin, dass eine Aufhebung von weiteren Parkplätzen - vor allem aus Sicht der ortsansässigen Gewerbetreibenden - kaum eine taugliche Alternative sein kann, und sie kann es auch für die Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser nicht sein.

Wir setzen uns für eine attraktive Altstadt mit guten Einkaufsmöglichkeiten und qualitativ hoch stehenden Alternativen zu den Grosseinkaufszentren mit ihren immer gleichen Angeboten ein und legen darauf grossen Wert. Die Existenz der Gewerbetreibenden in der Altstadt hängt jedoch davon ab, dass sie konkurrenzfähig sind und bleiben und dazu gehört, dass das Parkplatzangebot nicht reduziert wird. Ich betone gerne nochmals, was SR Peter Kämpfer erwähnt hat, dass wir zurzeit das Ziel mit den Parkhäusern noch nicht erreicht haben, und daher stimmt die Aussage von Marianne Schwyn so nicht - nur dass diese Äusserung nicht so schön im Raum hängen bleibt und im sanften Frühlingswind irgendwann einmal wieder im Protokoll erscheint. “

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

”Die privaten Parkhausbetreiber wurden als böse Abzocker der heutigen Zeit abgestempelt. Wenn Sie das Rad der Zeit um rund 30 Jahre zurückdrehen, ging es damals um die erste Volksabstimmung des Parkhauses Herrenacker, nämlich um die Vergabe eines Baurechtsvertrages für den Bau des Parkhauses der Parkhaus Herrenacker AG. Gleichzeitig wollte die Stadt eine Million Franken als Startkapital sprechen. Es gab einerseits Opposition wegen der Ausfahrt beim Rheinschulhaus, andererseits haben viele Schaffhauser befürchtet, dass bei einem allfälligen Scheitern des Projektes, die Stadt *zusätzlich* noch das entstandene “Loch” auffüllen müsse. Deshalb wurde die Vorlage abgelehnt - nachträglich war die Stadt Schaffhausen froh über die privaten Investoren, und die Stadt hat nicht einmal ein Startkapital gesprochen. Ohne Private, hätten wir keine Parkhäuser. “

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

”Wenn Raphaël Rohner schon den liegen gebliebenen Unrat aufwischt, habe ich noch einen zusätzlichen “Fötzel”, und zwar ist es die Äusserung von Fabian Käslin, dass das Parkleitsystem so unnützlich und teuer wie die Schulsozialarbeiter sei.

Ich wäre Ihnen vorher mit ihrer fast klugen Argumentation beinahe auf den Leim gekrochen; ich bin jetzt aber nicht Dissident, sondern offenbar - auch wenn ich nicht Schulsozialarbeiterin bin - doch noch etwas schlauer. Es ist genau so wie Josef Eugster sagt, die Parkplatzfondsgelder sind zweckgebunden, da können Sie lange

motzen. Wenn ich Ihnen einen Tipp geben darf, könnte man ja beantragen, den Anteil der Parkplatzabgaben für den öffentlichen Verkehr zu erhöhen, dann hätten Sie diese Rechnung zugunsten der Öffentlichkeit entlastet und eine Zweckumformulierung in Ihrem Sinne erreicht. Übrigens, dieser Tipp kommt auch von einer Sozialarbeiterin. “

Christoph Lenz (AL)**Votum**

”Ich möchte den Eindruck widerlegen, etwas gegen private Initiative zu haben; dies hat Thomas Hauser herbeigeredet. Dem ist überhaupt nicht so, sondern ich wünsche mir sogar eine private Initiative. Der Kronprinz der FDP hat die Gewerbenähe sehr schön signalisiert, das finde ich wichtig, aber er sollte den liberalen Staat nicht ganz vergessen. Der Staat soll nicht für Investitionen aufkommen, die nachher den Privaten Geld in die Kasse spülen. Die letzten Monate haben gezeigt, dass diese Strategie langfristig nicht aufgeht. Wir bauen Elektrizitätsnetze auf, verschachern diese an Private, die dann beginnen, Abschreibungskosten auf die Elektrizitätsnetze zu verlangen, die überhaupt nichts mit den realen Zusammenhängen zu tun haben. Genau hier brauchen wir die Privaten, die Sie offenbar wollen, nämlich dass jeder Parkhausbetreiber einen Betrag von Fr. 200'000.-- auf den Tisch legt, um eine “volle Hütte” und ein dickes Portemonnaie zu haben.

Ich stelle hiermit Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage. “

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

”Ich habe noch eine Frage an SR Peter Kämpfer: Laufend entstehen neue Parkhäuser, und ich frage mich, wie in Zukunft dieser Fonds gespiesen wird, wenn sämtliche Parkplätze in der Innenstadt aufgehoben werden und kein Geld mehr in die Stadtkasse fliesst? Wann geht diesem Fonds das Geld aus, wenn in Zukunft die privaten Betreiber das Geld einstreichen? Ich möchte gerne eine Antwort hören, bevor ich auf die Vorlage eintrete und ihr zustimme. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Zum Einmaleins des Parkplatzfriedens muss ich noch etwas hinzufügen, weil ich mit Raphaël Rohner zu den Dinosauriern gehöre, die den Frieden damals ausgearbeitet hatten. Ich hoffe, dass sich Raphaël Rohner daran erinnert, dass zur Addition irgendwann einmal auch eine Subtraktion hinzukommt. Für den Teil der SP/AL-Fraktion, welche diese nicht ganz kleine Kröte schluckt, steht die Subtraktion im Parkplatzfrieden auf Seite 7 und 8: *Minus* Parkplätze am Münsterplatz, Kirchhofplatz, an der Neustadt und am Platz. Bei der Addition immer nur zustimmen und sich darauf berufen wie in der Bibel und dann das Neue Testament vergessen - dafür ist die SP/AL-Fraktion nicht zu haben. “

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

”Ich gehe wie folgt auf die von Alfred Tappolet gestellten Fragen ein: Sie haben zu Recht erwähnt, dass der Gebührenfonds weniger Einnahmen erzielt, wenn die Stadt weniger eigene Parkplätze hat. Dies steht im direktem Zusammenhang mit dem am runden Tisch vereinbarten Konzept der Parkraumplanung, welches verlangt, dass Parkhäuser rund um die Altstadt gebaut und Parkplätze in der Altstadt aufgehoben werden. Hauptbetroffene sind die VBSH, weil gemäss Reglement zwei Drittel der

Einnahmen an die VBSH geht, wobei zuerst der Unterhalt für die Parkplätze und die Parkuhren bezahlt werden und der Rest dann - wie gesagt - zu zwei Dritteln an die VBSH und in den Gebührenfonds fliesst; dieser Anteil wird deshalb bei den VBSH kleiner. Sollte die Stadt Schaffhausen in Zukunft ein eigenes Parkhaus erstellen oder ein Investment tätigen - sei es über Aktien oder Stockwerkeigentum - fliessen die Erlöse daraus in den Fonds. Wir haben allerdings ausserhalb der Altstadt Parkplätze (beispielsweise Schauwerkgut), für die Gebühren erhoben werden, obwohl dies oft für Unmut sorgt, und die auch weiterhin dem Parkgebührenfonds gutgeschrieben werden. Es ist also eine Tatsache, dass die Einnahmen langfristig wegen der neuen Parkhäuser kleiner werden. Das Parkleitsystem ist in der gesamten Verkehrspolitik der Stadt eine kleine, aber wichtige Massnahme; es ist keine Kröte, sondern etwas, was den Altstadtbewohnern und den Gewerbetreibenden etwas bringt.

Es sind zurzeit noch nicht alle Parkhäuser gebaut; sämtliche Parkhausbetreiber werden aber verpflichtet, die Anschlüsse und die Leittechnik in ihrem Parkhaus selbst zu erstellen, wir sind nur für die Leitungen zum Parkhaus verantwortlich. Ein grosser Vorteil besteht auch darin, dass das Leitsystem in unseren Händen ist, das heisst die gesamte Steuerung sowie der Zentralrechner für die Verkehrslenkungsanlagen.

Einen weiteren Punkt habe ich bisher nicht erwähnt: Das Parkleitsystem ist im Agglomerationsprogramm *Schaffhausen plus* enthalten. Wir werden alles daran setzen, einen Beitrag aus diesem Paket zu erhalten, im besten Fall wäre dies bis zu 40%. Da aber keine Zusicherung vorliegt, haben wir es nicht in die Vorlage aufgenommen. Selbstverständlich würden die Kosten dadurch verringert. “

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, bestimmt das weitere Vorgehen wie folgt:

Abstimmung über Eintreten oder Nichteintreten:

Der Grosse Stadtrat stimmt mit 25 : 6 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage.

Abstimmung über Rückweisungsantrag:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 27 : 1 Stimmen ab.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Vorlage vom 21.10.08 Seiten 1-5 und die Anträge auf Seite 5 wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21.10.08 betreffend Parkleitsystem. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Für die Realisierung des Parkleitsystems bewilligt der Grosse Stadtrat zulasten des Parkplatzgebührenfonds einen Kredit von Fr. 1'161'000.--.

Streichungsantrag von Christoph Lenz (AL) mit der Begründung, es finde eine Bereicherung von Privaten statt.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 25 : 7 Stimmen ab.

3. Die Betreiberinnen und Betreiber der an das Parkleitsystem angeschlossenen Parkieranlagen werden im Verhältnis der von ihnen bewirtschafteten Parkplätze an den Betriebs- und Unterhaltskosten des Parkleitsystems belastet. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Ziff. 2 dieses Beschlusses wird nach Art. 10 lit. d Ziff. 2 der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Die Motion Nicole Herren vom 13.12.06 betreffend Parkleitsystem wird als erledigt abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Alfred Tappolet (SVP) zu Antrag 3:

"Ich stelle fest, dass in Antrag 3 "..... der von ihnen bewirtschafteten Parkplätze an den Betriebs- und Unterhaltskosten des Parkleitsystem *belastet*" steht, aber eigentlich müsste es " ... an den Betriebs- und Unterhaltskosten des Parkleitsystems *beteiligt* heissen. An Kosten kann man sich ja nur beteiligen und nicht belasten, das heisst entweder die Betreiber werden beteiligt, dann müssen sie nicht alles bezahlen, oder die Betriebs- und Unterhaltskosten werden belastet, dann muss der Gesamtbetrag bezahlt werden. Es scheint mir wichtig, diese Frage zu klären. "

SR Peter Käppler teilt mit, dass gemäss Seite 4 und 5 gemeint ist, dass die totalen Betriebs- und Unterhaltskosten *anteilmässig* - je nach Anzahl der bewirtschafteten Parkplätze - berechnet und auf die einzelnen Betreiber umgelegt werden.

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Ich stelle fest, man kann als Beteiligter belastet werden, aber auch als Belasteter beteiligt sein; ob man in einem Verhältnis belastet ist - davon steht hier nichts. Ein Verhältnis kann allenfalls belasten, dann wäre es familiär. Hier ist klar die *Beteiligung* gemeint, und ich würde deshalb vorschlagen, die Beteiligung zu wählen, und damit sind Sie auch belastet. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates mit 25 : 7 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 1 Motion Urs Tanner: Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040

Urs Tanner (SP)**Begründung**

"Wahrscheinlich wird uns das Thema meiner Motion - neben dem wichtigen Thema Auto und Parkleitsystem - die nächsten hunderttausend Jahre belasten und beschäftigen.

Seien wir ehrlich, in Sachen Atomenergie geht es eigentlich um Glaubensfragen. Man hat seine wahrscheinlich unverrückbare und unabänderbare Meinung und könnte sogar böswillig behaupten, es gäbe, direkt und ohne abzustimmen, das

gleiche Resultat wie vermutlich in einer halben Stunde. Gut, die Gepflogenheiten im Rat sind richtigerweise anders, nämlich diskursorientiert, und das ist auch gut so. Lassen Sie sich unsere Beweggründe für diese Motion erklären.

Gerne würde ich mit einem Zitat des deutschen Philosophen Peter Sloterdijk beginnen:

Wir wissen um die Probleme unseres Planeten seit der ersten Ökobewusstheitsdämmerung in den späten 60er und den frühen 70er Jahren. Wenn wir den ersten Bericht des Club of Rome wieder zur Hand nehmen, müssen wir uns fragen: Was haben wir eigentlich in den letzten 30 Jahren gemacht?

Das Motto dieser Motion muss sein:

1. Man muss sich wirtschaftlich und ökologisch hohe, aber erreichbar Ziele setzen.
2. Wir müssen nicht den Ausstieg am heutigen Tag beschliessen, sondern den *Einstieg* in den Ausstieg.
3. Ziel ist ab 2040 ein atomstromfreier Strommix.

Unser heutiger Strommix setzt sich wie folgt zusammen:

- Wasserkraft 53,11%
- Sonne 0,02%
- Wind 0%
- Biomasse 0,11%
- Geothermie 0%
- Kern 41%
- Fossile Energieträger 3,63%
- Erdöl 1,52%

Dieser Strommix ist für eine Stadt wie Schaffhausen - auch wenn sie sich immer in den oberen Rängen befindet - nicht herausragend.

Zusammenhang Endlager und Atomstrom:

Gegen Endlager in der Region zu kämpfen, ist ein richtiges und populäres Anliegen. Fast niemand stellt sich dagegen, dieses Züglein will niemand verpassen. Wer will schon Müll in einem kleinen Paradies? Obwohl alle wissen, dass wir in Bälde für den Atommüll eine schweizerische Lösung finden müssen, nur Schwarzpeter spielen reicht hier nicht. Wer keine Endlager will, soll eben auch die Ursache bekämpfen, und das ist der Atomstrom.

Volksabstimmung - Vergangenheit und Zukunft:

Erstaunliche 76,4% haben in Zürich der Vorlage zugestimmt. In Schaffhausen muss sich die Stimmbevölkerung auch bei einer Annahme meiner Motion unbedingt und unabdingbar zu dieser Richtungsänderung äussern. Und vor dieser Abstimmung habe ich keine Angst, denn das Volk ist klug und weiss, wo die Zukunft ist.

Blick auf andere Gemeinden:

Basel hat einen atomfreien Strommix, in Zürich hat es das Volk beschlossen, in Bern hat sich das Stadtparlament sehr knapp für einen Ausstieg entschieden.

Wie erreichen wir dieses - zugegebenermassen ambitionöse - Ziel? In 30 Jahren müssen 40% Atomenergie ersetzt werden, das heisst rund 1,3% pro Jahr müssten

theoretisch umgesattelt werden, was nur mit Beteiligungen an Biogasanlagen, Wasserkraftwerken, Solaranlagen, Geothermie und Windkraftanlagen möglich ist.

Bei dem ökologischen Umbau nehmen wir uns viel vor und müssen einige, sehr hohe Hürden nehmen. Wenn wir das Ziel "ohne Atomstrom" anstreben, müssen wir in Sachen Landschaftsschutz wahrscheinlich einige Kröten, sprich Kompromisse, schlucken. Wir können nicht immer nur eine Energieform der Zukunft skizzieren, ohne von den dazu gehörenden Konsequenzen zu reden; Kompromisse einzugehen, gehört dazu, auch wenn es uns rot-grüne, grün-grüne und hellgrüne Anwesende im Saal vielleicht schmerzt; auch wir müssen hier im Kanton etwas zu dieser Energieform beitragen, alles nur über Beteiligungen lösen, wäre zu billig und würde nicht funktionieren. Das könnte aber heissen, dass vielleicht in intakten Landschaften Solaranlagen oder Windanlagen gebaut werden müssen. Darüber bestimmen wir aber heute Abend auch nicht.

Rolle der Werke:

Diese Verpflichtung der Werke soll kein Mühlstein um den Hals von Herbert Bolli sein. Seit einigen Jahren bin ich Mitglied der Verwaltungskommission der Werke und nehme an, und dies zu seinen Gunsten, dass er in 30 Jahren diesen Job kaum mehr haben wird, sondern auf den Weltmeeren segelt. Diese Verpflichtung soll eine ökonomische und ökologische Herausforderung sein, welche die Werke bravourös leisten werden. Wenn ich in die innovative Politik der Werke zurückblicke, habe ich keine Zweifel, weil die Werke auch mit Volksentscheiden, die sie nicht unterstützen oder ihnen nicht am Herzen liegen, erfahrungsgemäss bestens umgehen und sehr offen und kooperativ sind.

Dimension dieses Entscheides:

Der FDP-Stadtrat der Stadt Zürich, Andreas Türler verglich das Ja zum Ausstieg mit der Zustimmung der Zürcher Stimmbürger vor 100 Jahren zu einem Kredit für den Bau von Hochspannungsleitungen von Sils im Domleschg bis nach Zürich – und dies trotz damaligem Abraten der ETH.

Auf Schaffhausen übertragen würde ich sagen, die Zielsetzung "Strommix ohne Atom" wäre in der Grössenordnung mit einem zweiten Moserdamm vergleichbar: neu, innovativ, mutig und zukunftsgerichtet. "

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Der Motionär hat nicht gesagt, es wäre ein einfaches Thema und es sind schon noch ein paar Hürden eingebaut. Wie Urs Tanner bereits betont hat, geht es heute Abend um eine richtungsweisende Angelegenheit, die wir wahrscheinlich über diese Motion nicht lösen können. Der Rat kann heute Abend lediglich eine gewisse Weichenstellung einleiten. Ich bitte Sie daher um Ihre Aufmerksamkeit zum Thema.

Ich danke dem Motionär für die ausführliche Begründung seines Vorstosses. Die Haltung des Stadtrates orientiert sich in seiner Antwort an der langjährigen Politik, die in den Energielabels der Stadt Schaffhausen und in den ökologischen Energieangeboten der Städtischen Werke ihren Ausdruck finden.

Sie nimmt aber auch die neuen Herausforderungen einer nachhaltigen Energiepolitik auf, die durch die globalen Rahmenbedingungen bestimmt und durch regionale Aspekte akzentuiert werden. Der Motionär hat darauf hingewiesen. Ich erlaube mir deshalb, in einer Auslegeordnung einen Bezug zwischen diesen Schauplätzen und

unserer vorläufigen Bilanz herzustellen. Diese bewegt sich naturgemäss zwischen einer ökologischen und ökonomischen Betrachtungsweise, auch wenn diese Gegensätze aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten zum Glück immer mehr zu einem Miteinander werden.

Unterschiedliche Ansichten äussern sich heute vor allem bei den zeitlichen und auch den rechtlichen Dimensionen, da die Ersatzprodukte beim Strom und den fossilen Energieträgern noch nicht ausreichend verfügbar sind und die Liberalisierung des Strommarktes dem jeweiligen Kunden eine fast grenzenlose Produktwahl überlässt.

Der Stadtrat muss in dieser Situation seinen beiden Pflichtenheften gerecht werden, die ihn zur Nachhaltigkeit, aber auch zur Versorgungssicherheit verpflichten. Dazu lagen ihm vor der heutigen Motionsbeantwortung Stellungnahmen des Stadtökologen und des Werkdirektors vor, die anschliessend mit den vorläufigen Ergebnissen zur 2'000-Watt Gesellschaft in eine Synthese eingeflossen sind.

In der Tat weisen der Text des Vorstosses und die vom Motionär geschilderten Umstände auf eine Energiezukunft hin, wie sie komplexer nicht sein könnte. Gleichzeitig werden immer wieder Widersprüchlichkeiten in unserem - auch meinem - eigenen Verhalten in Bezug auf den individuellen Energiekonsum aufgezeigt. Die richtigen Antworten für eine sichere Energiezukunft werden denn auch nach Auffassung des Stadtrates zur ganz grossen Herausforderung für die kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Die Erreichung des Ziels eines nachhaltigen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wird unsere Lebensweise in erheblichem Umfang beeinflussen und noch lange zu brisanten politischen Debatten und Verteilungskämpfen auf allen Ebenen führen. Einen regionalpolitischen Auftakt machen wir heute im GrSR, beziehungsweise hatten wir bereits am 18.05.09 im Kantonsrat. Wir hoffen, dass die Diskussionen auf einem hohen Niveau bleiben und ideologische Gräben im Interesse der Sache verlassen werden können.

Es ist wichtig zu wissen, dass viele von uns - und nicht nur der Werkdirektor auf den Weltmeeren - von den Folgen der Weichenstellungen von heute oder morgen nicht mehr unmittelbar betroffen sein werden, den nachfolgenden Generationen aber je nach Entscheiden schwere oder leichtere Hypotheken hinterlassen. Der Stadtrat ist sich im Weiteren bewusst, dass die grössten Würfe und Anstrengungen nicht nur vor Ort, sondern national und international geplant und umgesetzt werden müssen. Und trotzdem gibt es eine wichtige regionale Verantwortung, die bei der Sensibilisierung beginnt, mit der Vorbildfunktion weiter geht und mit konkreten Resultaten ihren Tatbeweis liefern muss.

Auch wenn der gegenwärtige negative Konjunkturverlauf den Verbrauch und die Preise von fossilen Energieträgern massiv reduziert hat und demzufolge auch beim aktuellen CO₂-Ausstoss eine deutliche Verbesserung resultiert, ist die nächste Wachstumsphase nur eine Frage der Zeit und steigende Öl- und Gaspreise werden uns sehr schnell wieder an die Endlichkeit dieser Quellen erinnern. Und - um gleichzeitig einen Link zum Motionsinhalt der Atomenergie zu machen - auch der Vorrat an Uran reicht nicht viel weiter, sodass ein Umsteigen auf diesen Energieträger, auch bei einer allfälligen Akzeptanz der hohen Risiken, höchstens kurzfristige Engpässe beseitigen, langfristig aber keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiezukunft leisten kann. Dieser Umstand ist bei jeder Diskussion erheblich, denn aus dieser Optik kann es definitiv nicht um die alternative Atomstrom

statt fossiler Energie gehen, da dieser Ausweg aufgrund der endlichen Verfügbarkeit gar nicht wirklich existiert.

Ein realistischer Weg aus den absehbaren Versorgungslücken bei allen Energieträgern – damit meinen wir Strom, Öl, Gas und Uran - kann deshalb nach allen Szenarien nur über eine bessere Effizienz in der Nutzung der bisherigen und der zusätzlichen Erschliessung von erneuerbaren Energiequellen gefunden werden. Diese Aus- und Einsicht wird, auch wenn es in Bezug auf den Zeitpunkt der Verknappung Differenzen gibt, eigentlich von niemandem ernsthaft bestritten. Wesentlich umstrittener sind hingegen die Rezepte aus dem Dilemma. Während eine Seite den sofortigen Um- und Ausstieg aus dem heutigen Energiemix fordert, setzt die andere auf die Hoffnung, dass es den Ingenieuren noch rechtzeitig gelingen wird, alternative Technologien zu entwickeln und die Übergangszeit mit Atomstrom überbrückt werden kann.

Beide Ansichten eignen sich nach Ansicht des Stadtrates aus heutiger Sicht nicht mehr, den Grundsatz - ich zitiere - der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie als Grundlage für einen funktionierenden Werkplatz Schweiz in der Gegenwart und in Zukunft zu gewährleisten.

Auch wir unterstützen diesen Grundsatz, der im Übrigen auch bei den Experten jeglichen Couleurs als solide Grundlage bei der Erarbeitung von Aus- und Umstiegsmodellen gilt. Der Stadtrat anerkennt mit seiner Haltung, dass im Moment noch keine wirklichen Alternativen verfügbar sind, das Prinzip Hoffnung auf ein Energiewunder aber ebenfalls nicht tauglich ist und entscheidende Weichenstellungen bereits heute anstehen.

Wir bedauern auch ausdrücklich, dass von der Energiewirtschaft nicht schon früher Effizienzmassnahmen gefordert und unterstützt worden sind und der Mehrumsatz als Mass aller Dinge galt.

Ich war kürzlich an einer Veranstaltung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) und auch dort tönt es immer noch ähnlich. Selbst das Bundesamt für Energie hat lediglich ein Fr. 50 Mio.- Programm für die nächsten drei Jahre, und zwar für drei mögliche Alternativen zur jetzigen Stromerzeugung bereitgestellt. Das genügt bei weitem nicht mehr. An der ETH besteht bisher kein Lehrstuhl für Geothermie, weil natürlich die Freiheit der Lehre gewährleistet werden muss. Offensichtlich weckt Geothermie - bei uns in übereinstimmender Meinung die einzige, wirkliche Alternative zur geltenden Energie - nicht das nötige Interesse an diesem Lehrkörper, was meiner Ansicht nach sehr erstaunlich ist. Darum ist den Städtischen Werken hoch anzurechnen, dass sie im Wissen um die Endlichkeit der Vorräte bereits seit Jahren erneuerbare und ökologisch zertifizierte Produkte (naturemade star als strengstes Label) anbieten. Soweit ein Überblick über die generelle Ausgangslage und die Aussichten im anspruchsvollen Bereich der Energieversorgung für unsere hoch entwickelte und ebenso hoch technologisierte Gesellschaft.

In Schaffhausen wird dieses Umfeld zusätzlich von anderen wichtigen Faktoren geprägt, die auch im Vorstoss von Grosstadtrat Urs Tanner und seinen Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern prominent erwähnt sind. Diese sind namentlich die mögliche Realisierung von Lagerstätten für hoch- und neuerdings auch mittelradioaktive Abfälle durch die NAGRA in der Region Schaffhausen sowie hängige Vorstösse und Absichten zur Reduktion des Energieverbrauchs auf

städtischer Ebene.

Das nahe Weinland als potenzieller Standort für hochradioaktive Abfälle (HAA) und der Südranden für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (SMA) liegen direkt vor unseren Toren und mitten in unserem Wirtschaftsgebiet. Alle Veranstaltungen des federführenden Bundesamtes für Energie (BFE) und der NAGRA haben klar gezeigt, dass die Mitverantwortung der möglichen Standortgemeinden, mindestens moralisch, auch über deren eigenen Strommix eingefordert wird. In diesem Zusammenhang wird von Herrn Fritsche gerne erwähnt, dass die Abhängigkeit vom Atomstrom in Schaffhausen bei rund 80-85% liegt. Eine hohe Abhängigkeit von Atomstrom wird so auch zu einem Kriterium für die Standortwahl eines Endlagers und verlangt eine glaubwürdige Haltung.

Daneben sind weitere, intensive Abklärungen in Arbeit, die unmittelbar mit der Frage unserer Energiezukunft und den Feststellungen in der Motionsbegründung verknüpft sind. So wird in Kürze eine ausführliche Studie über die 2000-Watt Gesellschaft und ihre Konsequenzen für die Stadt Schaffhausen vorliegen, wie sie in der überwiesenen Motion des heutigen Finanzreferenten Peter Neukomm verlangt wurde.

In diesem Kontext ist der Stadtrat froh, dass von benachbarten Städten und Regionen ähnliche Resultate bereits vorliegen oder in Arbeit sind. Dem Legislativvorschlag "Lernen von anderen" kann also auch hier nachgelebt werden, und wir müssen keine eigenen Rezepte erfinden. Dabei kommt der Stadt Zürich sicher eine Vorreiterrolle zu. Die Bevölkerung der Schweizer Wirtschaftsmetropole hat nämlich Ende November letzten Jahres mit über 75% Stimmenanteil eine Änderung der Gemeindeordnung (entspricht unserer Gemeindeverfassung) beschlossen, die unter dem Titel "Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2'000-Watt Gesellschaft" eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um den Faktor 6 und jenen der sogenannten Dauerleistung um den Faktor 3 auf 2'000 Watt pro Kopf der Bevölkerung vorsieht.

Zusätzlich wurde der Ausstieg aus allen KKW-Lieferverträgen und KKW-Beteiligungen des ewz bis zum Jahr 2050 beschlossen. Eine radikale Änderung - und hier teile ich die Meinung des Motionärs - der Energiepolitik ist offensichtlich mehrheitsfähig geworden, auch wenn die über vierzigjährige Frist für die Umsetzung natürlich vielen Stimmenden den Entscheid erleichtert haben dürfte.

Neben den schwindenden Öl- und Uranreserven und der Entsorgungsproblematik für radioaktive Abfälle sind es vor allem die klimapolitischen Zielsetzungen, die über die Weiterentwicklung unserer Energiezukunft entscheiden. Die Schweiz hat sich dabei zu Zielen verpflichtet, die nur über radikale Reduktionen im Verbrauch von fossilen Energieträgern zu erreichen sind und als Voraussetzung eine 2000-Watt Gesellschaft fast ultimativ bedingen. Daraus resultiert nicht zuletzt die dringend gewordene Schonung der noch vorhandenen Ressourcen zu Gunsten der nachfolgenden Generationen. Unsere Abhängigkeit von Erdöl ist nämlich bei Weitem nicht nur auf den Energiebereich beschränkt, viel wertvollere Produkte aus diesem Grundstoff sind in unserem Alltag omnipräsent. Sie können diese in einer aktuellen Ausstellung des Aargauer Naturamas gerne bewundern.

Um auf die Forderung der Motion zurückzukommen, werfe ich gerne noch einmal einen Blick auf die Stadt Zürich. Schaffhausen ist bekanntlich mit dem Wirtschaftsraum Zürich eng verbunden, was sich auch in den Mitgliedschaften in der GZA (Greater Zürich Area) und in der Metropolitankonferenz Zürich ausdrückt.

Unsere Zukunft ist demnach wirtschaftlich und gesellschaftlich weitgehend vom gleichen Umfeld geprägt. Wenn sich Zürich nun mit einem Zeithorizont von 40 Jahren aus der Abhängigkeit von Atomstrom befreien und die 2'000 Watt-Gesellschaft umsetzen will, hat das für Schaffhausen aus Sicht des Stadtrates mehr als Signalcharakter. Die Anvisierung dieser Ziele muss nämlich auch erhebliche Konsequenzen auf die generelle wirtschaftliche Ausrichtung haben, und es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Region Zürich zu einem eigentlichen Kompetenzzentrum in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien entwickeln wird oder muss. Der Stadtrat zweifelt nicht daran, dass Zürich diesen Schritt, aufgrund seiner ökonomischen Potenz und seiner Bedeutung als Technologiestandort, mit der ETH als Zentrum, erfolgreich gehen wird. Es ist für uns deshalb klar, dass wir am Wissenstransfer und an der Produktionspalette für eine neue Energiezukunft teilnehmen und unsere Region aktiv einbringen wollen. Im Übrigen ist es unbestritten, dass gerade Effizienzmassnahmen einen positiven Einfluss auf die Investitionstätigkeit vor Ort haben und wertvolle Impulse für das Gewerbe und den lokalen Arbeitsmarkt auslösen.

Nachdem im Kantonsrat eine fast identische Motion, die allerdings das Elektrizitätsgesetz ändern wollte, in Form eines Postulats grossmehrheitlich überwiesen wurde, stellt sich die Frage, ob zur Erreichung der Ziele eine Verfassungsänderung auf kommunaler Ebene der richtige Weg ist. Aufgrund der absehbaren Investitionen und den gesellschaftlichen Auswirkungen schätzt der Stadtrat eine grosse, sehr grosse Kooperation mit dem Kanton und anderen Partnern als unabdingbar ein.

In diesem Zusammenhang weisen wir an dieser Stelle gerne auf die angelaufenen Abklärungen zur Nutzung von Geothermie hin, die neben der Sonnenenergie besonders in unseren Breitengraden das mit Abstand grösste Potenzial für Grosskraftwerke und Energiegewinnung hat. Sowohl der Kanton als auch die Städte Winterthur und St. Gallen nehmen an Vorstudien teil, die auch von den städtischen Werken Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall aufmerksam verfolgt werden. Ein Einstieg in einen nächsten Umsetzungsschritt bei dieser Technologie entspricht den Legislaturzielen des Stadtrates und erste Kontaktnahmen sind auch schon erfolgt.

Der Stadtrat möchte mit seiner Haltung klar zum Ausdruck bringen, dass wir uns aus seiner Sicht an einem Wendepunkt in der Energiepolitik befinden. Langfristig werden wir von der Gewohnheit der selbstverständlichen Verfügbarkeit von leicht transportierbaren Energieträgern und dem komfortablen Öl-/Gas- und Strommix Abschied nehmen müssen.

Gouverner, c'est prévoir heisst es und gerade in diesem für das Funktionieren unserer Gesellschaft so vitalen Bereich gilt es, frühzeitig zu agieren. Im Dokumentarfilm "The oil crash" - ich stelle Ihnen diesen auf Wunsch gerne zur Verfügung - werden eindrücklich der peak oil und seine Folgen beschrieben. Er bezeichnet jenen Zeitpunkt, in dem der weltweite Mehrverbrauch an fossilen Energieträgern nicht mehr durch neue Erschliessungen kompensiert werden kann. Dieser peak ist nach Ansicht der meisten Beobachter zwischen 2001 und 2006 überschritten und massgeblich durch den Energiehunger der Schwellenländer China und Indien beeinflusst worden. Der Kampf um die Reserven hat im gleichen Zeitpunkt eine neue Dimension erreicht und zeigt sich deutlich an den Nervositäten in den Förderländern und entlang den Tankerrouten und Pipelinestrecken. Stichworte sind der ganze Nahe Osten, Afghanistan, Georgien, die Ukraine, aber auch die

chinesische Präsenz in Afrika.

Aus Sicht des Stadtrates ist es jetzt noch Zeit, mit klugen Entscheiden eine zukunftsgerichtete Richtung einzuschlagen. Wir sind deshalb bereit, die Motion Tanner mit Anpassungen entgegenzunehmen. Als Alternative wären wir auch bereit, den Vorstoss in der etwas offeneren Form eines Postulats entgegenzunehmen, sofern dies mehrheitsfähiger sein sollte; eine abgelehnte Motion wäre für uns der absolute worst case. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang gerne den Gleichschritt mit dem Kanton und weisen gleichzeitig darauf hin, dass das Meisterstück nicht die Ablehnung der Atomenergie ab 2050 sein wird, sondern die *Umsetzung* der 2000 Watt-Gesellschaft. Sie ist *die* Voraussetzung für das Ausstiegsszenario und der einzige Weg in eine wirklich nachhaltige Energiezukunft.

Unsere Forderung zum Motionstext berücksichtigt denn auch diesen Willen und den noch zu erbringenden Tatbeweis und lautet wie folgt:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage vorzulegen zum Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2050. Dieser Grundsatz sei unter gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in der Stadtverfassung zu verankern.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir mit einem solchen Verfassungsgrundsatz, der über eine Volksabstimmung legitimiert werden muss, nur die städtische Verwaltung selbst zu einem Ausstieg aus der Atomenergie verpflichten können, damit aber eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen. Aber private Strombezüger müssen über übergeordnete Netzdurchleitungsrechte weiterhin mit den Produkten des liberalisierten Marktes beliefert werden. Im Gegensatz zum ewz müssten die Städtischen Werke auch keine Beteiligungen oder Lieferverträge mit KKW auslaufen lassen, da solche nicht existieren.

Die Verlängerung um 10 Jahre auf 2050 empfehlen wir, da damit der Gleichschritt mit Zürich mit analogen Schritten gewährleistet werden kann. Den Hinweis auf die Versorgungssicherheit möchten wir uns und den später Verantwortlichen ins Pflichtenheft schreiben, da diese

1. die Funktion der Wirtschaft aufrechterhalten muss und als allgemein anerkannter Grundsatz gilt und
2. zwingend umfassende Energieeffizienzmassnahmen und die notwendigen neuen Energieangebote einfordern. Dort sind wir zusätzlich gefordert.

Es wäre aus Sicht des Stadtrates unlauter und gliche einem Lippenbekenntnis, den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie zu proklamieren, ohne nicht vor Ort für radikale Einsparungen (Stichworte: Minergiestandards, verdichtete Bauweisen, Tarifpolitik) und für zusätzliche erneuerbare Stromerzeugungsanlagen zu sorgen. Die Schweiz bezieht rund 40% Bandenergie aus den bestehenden Kernanlagen, diese müssen nach allen Szenarien vorübergehend sogar überkompensiert werden, da der Ersatz von fossilen Energien meist mit einem Mehrverbrauch an Strom verbunden ist. Als typisches Beispiel sei die Wärmepumpe erwähnt, die in modernen Heizungssystemen über die Nutzung von Bodenwärme oder Grund- und Fliesswasser zum Standard geworden ist. Dabei resultiert zwar ein vollständiger Ersatz von Öl oder Erdgas bei gleichzeitiger CO₂-Reduktion, aber die Umwandlung von Erd- und Wasserwärme in Heizenergie braucht zusätzlichen elektrischen Strom. Dasselbe gilt selbstverständlich auch bei der möglichen und selbstverständlich

gewünschten Umstellung von fossilen auf netzabhängige und batteriebetriebene Mobilitätssysteme.

Mit dem Grundsatz der Motion übernehmen wir auch die Aufgabe, Ihnen und der Öffentlichkeit regelmässig Bericht über die Fortschritte auf dem Weg in eine gesicherte Energiezukunft zu erstatten. Dieser Fortschritt - und dies garantiere ich Ihnen - wird sich nicht in spektakulären Schritten äussern, sondern eine lange, anspruchsvolle und zweifellos sehr kostspielige Wegstrecke sein.

Als nächste Etappe dürfen Sie von uns eine Vorlage für die 2000 Watt-Gesellschaft in Schaffhausen erwarten. Darin werden die Konsequenzen zur Zielerreichung aufgezeigt, aber auch in diesem Bereich befinden wir uns zum Glück nicht alleine auf weiter Flur. Andere Städte und Regionen, aber auch der Bund erarbeiten die gleichen Szenarien, und wir werden von diesen Erfahrungen zweifellos profitieren können.

Wir stehen am absehbaren Ende einer Ära, die vom problemlosen Ein- und Ausschalten für alle möglichen Energiebedürfnisse gekennzeichnet ist. Gleichzeitig stehen wir auch am Anfang einer Ära, die dem Bewusstsein beim Ein- und Ausschalten eine neue Qualität zuweist und den sinnvollen Energieeinsatz zum neuen Mass der Dinge macht. Die 2000 Watt-Gesellschaft als Alternative zur heutigen 6000 Watt-Mentalität (in den USA sind es 12000 Watt, in den Golfstaaten 24000 Watt) könnte uns in Bezug auf den Komfortverzicht dabei aber so erschrecken, dass wir lieber gar nicht an Morgen denken und deshalb auch die Motion ablehnen.

Dazu kommt mir zum Glück versöhnlich in den Sinn, dass die 2000 Watt dem pro Kopf-Verbrauch in meiner Jugend in den 60iger Jahren entsprach, eine Zeit, die unter allen Titeln durchaus lebenswert war – auch wenn wir nicht alles haben konnten. “

Martin Egger (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Nach diesem flammenden Schlusswort für die Kernenergie möchte ich gleich wie folgt anschliessen. Stadtpräsident Thomas Feurer hat ganz klar gesagt, dass es keine Alternative zur Kernenergie gäbe und wenn Öl, Gas und fossile Brennstoffe ersetzt werden sollen, ist kurzfristig mit einem Anstieg von Energie zu rechnen. Aber nun zurück zum Thema; die Diskussion wird emotional geführt werden, das war voraussehbar.

In der Motion vom 11.11.08 verlangen die Motionärinnen und Motionäre den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage mit dem Ziel eines Atomausstieges der Stadt Schaffhausen bis 2040 zu beauftragen. Dies soll in der Stadtverfassung verankert sein. Es handelt sich hierbei um ein äusserst populäres und medienwirksames Anliegen - vor allem in einem Wahljahr - welches die Gemüter seit Jahrzehnten erhitzt und erregt.

Die **FDP/JFSH-Fraktion** hat sich in den letzten Sitzungen intensiv mit dem Vorstoss auseinandergesetzt und ist grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, die Motion abzulehnen; dies aus folgenden drei Gründen:

1. Eingriff in die Wahlfreiheit:

Aus dem Motionstext geht nicht klar hervor, ob sich die Forderung der Motionärinnen

und Motionäre auf die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Schaffhausen oder auf die gesamte Stadtverwaltung bezieht. Bezieht sich die Forderung auf alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Schaffhausen, wäre dies ein unhaltbarer Eingriff in die Wahlfreiheit jedes Einzelnen. Wie Sie wissen, haben ab dem 1. Januar 2009 schweizweit alle Kundinnen und Kunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 kWh/a freien Zugang zum Strommarkt. Voraussichtlich wird der freie Marktzugang ab 2013 auf alle Kunden ausgeweitet. Damit entscheiden also die Kundinnen und Kunden frei, welche Energiequalität zu welchem Preis sie vom Lieferanten ihrer Wahl beziehen wollen. Die Wirkung einer Vorschrift den Energiemix in der Stadtverfassung zu verankern ist deshalb äusserst fraglich. Es müsste vorerst näher abgeklärt werden, ob überhaupt und inwieweit ein solcher Artikel im freien Strommarkt gegenüber Bundesgesetzen zur Umsetzung gelangen könnte.

Oder bezieht sich die Forderung der Motionärinnen und Motionäre lediglich auf den Strombezug der Betriebe und Verwaltung? Falls ja, wäre dies zwar theoretisch zu einem sehr hohen Preis möglich. Ob wir uns das aber finanziell leisten können und wollen und ob dies die aufgeworfenen Fragen rund um die Kernenergie löst, ist äusserst fraglich.

2. Versorgungssicherheit:

Sicherheit stand bei der Diskussion des Vorstosses für alle Mitglieder unserer Fraktion an erster Stelle. Dazu gehört neben einem sicheren Betrieb der Kernkraftwerke auch die sichere Endlagerung (Klammerbemerkung: Und diese ist in einem Tiefenlager weitaus sicherer als die heutige oberirdische Zwischenlagerung in einer Lagerhalle bei Würenlingen). Zur Sicherheit gehört aber auch die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Bevölkerung, dies wurde bereits angetönt. Es lässt sich nun einmal nicht wegdiskutieren, dass der Stromverbrauch in den vergangenen Jahren trotz millionenschweren Spar- und Aufklärungskampagnen kontinuierlich gestiegen ist. So vermeldete das Bundesamt für Energie in seiner Pressemitteilung vom 24. April 2009:

Rekord-Stromverbrauch in der Schweiz: Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz ist im Jahr 2008 um 2,3% auf 58,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh) gestiegen und erreicht damit einen neuen Rekordwert. Nach dem Rekordjahr 2001 entspricht dies dem zweithöchsten jemals erzielten Produktionsergebnis. Der Stromexportüberschuss sank im Jahr 2008 auf 1,1 (Vorjahr: 2,1) Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh).

Ich verschone Sie mit weiteren Details. Fakt ist jedoch: Die sichere Versorgung mit Elektrizität entspricht einerseits einem Grundbedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft, andererseits können andere Energien (zum Beispiel Holzsznittelheizungen, Öl, Gas oder Wärmepumpen et cetera) nicht ohne Elektrizität genutzt werden. Ein Verzicht auf die Kernenergie würde also zwangsläufig die Erschliessung neuer Energiequellen bedingen oder wir müssten den Energieverbrauchsgürtel massiv enger schnallen. Die einzig denkbare Alternative ist wahrscheinlich die 2000 Watt-Gesellschaft.

Ich gehe mit dem SR einig, mit einer 2000 Watt-Gesellschaft bekämen wir den ständig steigenden Energiebedarf möglicherweise in den Griff. Doch wir wissen alle nur zu gut: *Sich Ziele setzen ist nicht schwer, sie umzusetzen aber sehr.* Momentan fehlt mir schlichtweg der Glaube, dass wir uns auch tatsächlich auf diesen Weg begeben wollen. Bis heute gelange ich zur Erkenntnis, dass es sich lediglich um Lippenbekenntnis handelt, um das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen. Denn solange sich der Chefökologe der Stadt Schaffhausen bei Events mit dem Titel

“Innovative Mobilität” engagiert und dabei Werbung für einen Elektroroller mit dem Namen Segway macht und diesen als cooles, modernes und umweltfreundliches Fahrzeug bezeichnet, welches (Zitat) *”dem mobilitätshungrigen Zeitgenossen ein völlig neues Gefühl von Freiheit vermitteln”*, fehlt mir der Glaube an die Ernsthaftigkeit der Sparbemühungen. Mit solchen Aktionen werden höchstens neue Bedürfnisse geweckt, und ich komme mir als Bürger - der zugegeben ein schlechtes Gewissen hat, weil er mit dem Auto nach Winterthur zur Arbeit zu fahren – reichlich verschaukelt vor.

3. Ausstieg nach heutiger Erkenntnis nicht realistisch:

Ich komme zum Schluss und eigentlichen Hauptgrund, warum unsere Fraktion die Überweisung der Motion grossmehrheitlich ablehnt. Wir erachten einen Verzicht auf die Kernenergie unter den heute und in absehbarer Zukunft zur Verfügung stehenden alternativen Energiemöglichkeiten für unrealistisch. Andere Länder machen es uns vor, dass die Zeit für einen Verzicht auf Kernenergie noch nicht reif ist. So gelangt Schweden 30 Jahre nach dem Volksentscheid zum Ausstieg aus der Kernenergie zum Schluss, den Volksentscheid und dem damit verbundenen Verbot zum Bau von Kernreaktoren aufzuheben.

Auch andere Länder setzen voll auf Uran: In Finnland wird aktuell bereits ein neues Kernkraftwerk errichtet. Osteuropäische Regierungen wollen sogar alte, bereits abgeschaltete Reaktoren wieder ans Netz nehmen - um sich so unabhängiger von russischem Gas zu machen. Mit dem gleichen Ziel – nämlich der Minimierung der Abhängigkeit von Erdgas – erlebt die Kernenergie in Italien eine Renaissance, denn im Jahr 1986, hatte man sich nach einem Volksbegehren gegen die Nutzung der Kernenergie entschieden und als Konsequenz davon alle vier Kernkraftwerke abgeschaltet. Laut einem kürzlich veröffentlichten Kommuniqué der italienischen Regierung sei die Rückkehr zur Atomkraft jedoch unvermeidbar, und man plane bis zum Jahr 2018 insgesamt acht bis zehn neue Kernkraftwerke zu bauen.

Und wie sieht die Situation in der Schaffhausen aus?

Aus unserer Sicht bestehen die gleichen unrealistischen “Öko-Energie-romantischen Vorstellungen” wie im restlichen Europa vor 20 oder 30 Jahre. Gerne liefere ich ein aktuelles Beispiel, wie inkonsequent die Argumentation der Befürworter des Ausstieges aus der Kernenergie ist:

Die gleichen Gruppierungen nämlich, welche sich gegen die Kernenergie aussprechen, verlangen notabene vehement den Erhalt – ja, sogar den Ausbau - des Trolleybus-Netzes in der Stadt Schaffhausen. Spätestens seit der letzten Kommissionssitzung sollte es wenigstens den Mitgliedern der SPK bewusst sein, dass rund 40% des Energiebedarfes der Trolleybusse durch Kernenergie gedeckt wird. Diese “5er und Weggli-Politik” ist mir unverständlich und zeugt nicht von einer seriösen Argumentation.

Unsere Fraktion ist sich den Risiken der Kernenergie durchaus bewusst; aber es gibt nun mal keine Ideallösung für eine risikolose, hundert Prozent sichere und saubere Energieerzeugung. Unter den heutigen Möglichkeiten ist die Kernenergie die einzig realistische Möglichkeit, den steigenden Energiebedarf zu decken und die am Horizont sich abzeichnende Stromlücke zu schliessen.

Wir betrachten die Kernenergie jedoch klar als Brückentechnologie und die Erforschung und Erschliessung von neuen Energiequellen soll und muss mit aller

Kraft unterstützt werden. Es darf aber nicht sein, dass in der Stadtverfassung verankert sein soll, dass die Stadt eine kernenergiefreie Zone sein soll. Die Gefahr, dass das gesunde Wachstum von Schaffhausen durch eine Energieknappheit gefährdet ist, erachten wir als zu gross. Aus den genannten Gründen lehnen wir die Motion grossmehrheitlich ab. “

Erwin Sutter (EDU)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Am 18. Mai 2003 wurde in der Schweiz über die Volksinitiative „Strom ohne Atom“ abgestimmt, also fast auf den Tag genau vor sechs Jahren über das gleiche Thema, das heute für Schaffhausen zur Debatte steht. Der Abstimmungstext war fast identisch, es wurde nach 30 Jahren ein Ausstieg gefordert und das Volk hat die Volksinitiative sehr deutlich abgelehnt. Gesamtschweizerisch wurde mit 66% Nein gesagt, in Schaffhausen mit 64%, in den Kernenergiestandortkantonen Aargau mit den KKW Beznau und Leibstadt mit 77% und in Solothurn mit dem KKW Gösigen mit 73% Nein, also beide mit klar überdurchschnittlicher Ablehnung.

Die Neuauflage dieser Vorlage geschieht offenbar gemäss folgender Taktik: Wenn wir den Elefanten nicht am Stück verschlingen können, dann halt in kleinen Tranchen. Mir ist es sehr wichtig, dass wir uns die zwischen Energieverbrauch und Stromverbrauch liegenden, grundlegenden Unterschiede verdeutlichen. Strom ist nicht einfach gleich Energie, wir können aus Strom jede andere Form von Energie erzeugen, aber nicht umgekehrt. Im Zusammenhang mit der erwähnten Geothermie muss ich anfügen, dass wir in erster Linie Wärme und nicht Strom erzeugen. Beachten Sie bitte, dass für eine höhere Energieeffizienz zuerst ein höherer Stromverbrauch anfällt. Der Stadtpräsident in seinem ausgezeichneten Votum hat es schon erwähnt. Wenn eine Gas- oder Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt wird, braucht diese vielleicht nur 30% der bisherigen Energie. Aber tatsächlich wird hier fossile Energie durch elektrische Energie ersetzt, trotz der gewünschten Energieeinsparung steigt hingegen der Stromverbrauch. Dasselbe wird beim Ersatz Automobilen mit Verbrennungsmotoren durch elektrische Traktionsarten stattfinden (Trolley oder zukünftige Antriebe mit Akkus oder Brennstoffzellen).

Trotz vieler privater und öffentlicher Kampagnen zum Energiesparen verbrauchen wir jedes Jahr mehr Strom, in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 2% pro Jahr, nicht zuletzt auch wegen der Bevölkerungszunahme.

Das Konzept „Von der Strasse auf die Schiene“ oder höhere Taktfrequenzen bei den Bahnen haben grösseren Stromverbrauch zur Folge. Was wollen wir eigentlich? Es ist auch eine Form unseres Wohlstandes.

Elektrische Energie ist für unsere Wirtschaft lebenswichtig, nicht nur das, die Verfügbarkeit von Strom rund um die Uhr ist entscheidend. Ohne Strom keine Heizungen, keine Computer, keine SBB - es sei denn, sie wolle wieder auf Diesellokomotiven zurückgreifen.

Ich erlaube mir einige zusätzliche Zahlen zu den bereits erwähnten zu nennen:

Vom gesamten Energiemix in der Schweiz sind 67% fossile Energieträger (Erölprodukte und Gas), der Anteil Elektrizität liegt bei 24%. 60% dieser elektrischen Energie fliessen in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen (insbesondere Bahnen), 30% in die Haushalte. Aus diesen Zahlen geht hervor, welche Bedeutung die Stromerzeugung für unsere Wirtschaft hat.

Die Stromproduktion in der Schweiz wird voraussichtlich in den nächsten 20 Jahren zurückgehen. Die Kernkraftwerke Beznau I und II sowie Mühleberg werden ab 2020 altersbedingt vom Netz gehen, Gösgen wird voraussichtlich bis 2038 und Leibstadt bis 2043 Strom produzieren. Die Lieferverträge über Kernenergie mit Frankreich werden ab 2018 kontinuierlich auslaufen, Ersatz wird schwierig zu beschaffen sein, denn auch in der EU ist zunehmend ein Strommangel vorhanden, der sich in den nächsten Jahren bereits bemerkbar machen wird. Wasserkraft ist in der Schweiz praktisch bereits heute zu 100% genutzt, weitere Nutzungen (Grimsel) werden durch Umweltverbände behindert.

Ersatz durch erneuerbare Energieformen (Wind, Geothermie, Photovoltaik, Biomasse) können die Ausfälle nur zu einem kleinen Teil kompensieren. Wollen wir gegebenenfalls eine riesige Anzahl Windräder auf dem Jurabogen, auf dem Randen haben wir wahrscheinlich zu wenig Wind, um kostengünstig und effizient Strom produzieren zu können; es bleibt also nur der Jurabogen. Sind wir bereit, die allenfalls sehr hohen Kosten für Alternativenergie zu zahlen? Ab 2013 steht der freie Zugang zu Energieträgern für Private zur Verfügung: Die Abstimmung dazu findet an der Steckdose statt.

Und was geschieht rund um die Schweiz?

Deutschland hat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, kann aber im Notfall auf eigene Kohlevorkommen zurückgreifen. Aber der politische Widerstand über den Ausstieg aus der Kernenergie regt sich ebenfalls.

Italien ist schon vor 20 Jahren ausgestiegen und auf namhafte Importe angewiesen (Frankreich, Schweiz). Dieses Frühjahr wurden Verträge zwischen Silvio Berlusconi und Nicolas Sarkozy unterzeichnet.

Finnland baut zurzeit ein neues KKW und ebenso eine Endlagerstätte für radioaktive Abfälle. Weltweit sind heute etwa 460 KKW in Betrieb und über 200 KKW sind in Planung.

In der Schweiz wollen die Kraftwerksbetreiber als Ersatz für die drei ältesten KKW zwei neue, leistungsfähigere Anlagen bauen, um die zukünftige Stromversorgung zu sichern. Wasserkraft und wirtschaftliche neue Energieformen reichen bei weitem nicht aus, um unseren zukünftigen Strombedarf zu decken.

Deshalb ist die Haltung unserer Fraktion: Energiesparen: Ja, in allen möglichen Formen. Förderung von neuen Energieformen: Auch dazu sagen wir Ja. Ausstieg aus der Kernenergie: Ja, sobald realistische Alternativen für den Ersatz von Nuklearstrom vorhanden sind, was heute aber offensichtlich nicht der Fall ist. Als Land mit hohen Lohnkosten sind wir auf niedrige Strompreise angewiesen. Das erhält und schafft Arbeitsplätze.

Die **Fraktion der SVP/JSVP/EDU** wird geschlossen und konform zum Volkswillen von 2003 gegen die Überweisung der Motion stimmen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Urs Tanner ist schon ein ewiger “Stürmi”, der sich immer irgendwelche Lorbeeren holen will; das hat er vor vier Jahren mit der Rheinuferstrasse gemacht, jetzt will er den Ausstieg aus dem Atomstrom, wahrscheinlich möchte er eines Tages noch den

“Urs Tanner-Garten” oder einen Parkplatz mit seinem Namen.

Ich kann Ihnen sagen, die Frage der künftigen Energieversorgung ist schon lange nicht mehr ideologisch. Es gibt auch keine Lorbeeren mehr zu holen, da diese Frage sehr pragmatisch geworden ist. Inzwischen zeigt sich klar, dass dieses Thema keine Glaubensfrage ist, sondern aufgrund realer Determinanten entschieden werden muss. Die Anforderungen, die sich stellen, heissen: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umsetzbarkeit/Machbarkeit. Das sind nicht meine Worte, sondern die Formel, welche der Regierungsrat gebraucht hat, als er sein Ja zum Postulat von Thomas Wetter begründet hat. Das Ganze steht unter der Vorgabe langfristig und nachhaltig, das ist entscheidend.

Geologische Studien sagen eindeutig, dass das Erdöl in den nächsten 10 bis 20 Jahren seine Förderquote überschreitet oder bereits überschritten hat. Die Uranvorkommen werden für 30 bis 50 Jahre länger dauern.

Ein beinahe unerschöpfliches Potenzial wird den erneuerbaren Energien zugesagt. Ebenso klar sind die Marktmechanismen, je rarer, desto teurer. Natürlich werden mit der weltweit hohen Nachfrage alle Energien teurer. Umso mehr sind Produktionskosten und Nutzung wichtig. Uran hat nur einen Viertel effektive Energienutzung, drei Viertel gehen durch Abbau, Transport, Stromerzeugung und Entsorgung verloren - das habe ich den ausgelegten Fakten des Stadtökologen abgeschrieben, der sich darüber gründlich informiert hat. Für diese schlechte Leistung würde kein Bauer auch nur seine Leiter an einen Baum stellen; nicht eingerechnet sind die effektiven Sicherheitskosten. Der Schaden einer Kernschmelze (Supergrau) würde 4'300 Milliarden Schaden und unendliches menschliches Leid verursachen. Diese Zahl müssen Sie sich gegenüber der Zahl, was die Schweiz jetzt der UBS garantieren kann, ungefähr 70 Mal höher vorstellen. Darum ist Atomtechnologie nicht versicherbar, der Bund muss nicht für den vollen Schaden, aber für einige Milliärdchen mehr haften.

Endlager zum Beispiel Benken: Davor graut es auch dem neuen Präsidenten des Schaffhauser Bauernverbandes, Christoph Graf hat sich dazu bei Radio Munot geäussert.

Fazit: Investitionen in Atomtechnologie als Übergangslösung rentieren nicht; Deutschland dagegen hat schon vor vier Jahren 4,4 Milliarden Euro aus Wind verdient und damit 45'000 Leute beschäftigt, das Wachstum liegt im zweistelligen Bereich. Fazit: Man kann; Zürich, Bern und Basel machen es vor, es ist nicht moralischer, aber sie sind für die Zukunft gerüstet. Zürich verdankt seine eigene Wasserkraft seiner damals schamlosen Energiepolitik. Das Bergdorf Marmorera beispielsweise wurde in einem Stausee regelrecht ersäuft; es geht nicht um Moral, sondern um Realität. Heute haben wir feinere Technologien, billigere und natürliche Energiequellen.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** will kein Atomstrom-Provisorium für 30 Jahre, mit Schäden für eine Million Jahre. Wir wollen Energie mit Zukunft und wie die Forderung von Urs Tanner letztlich auch heissen mag, wir stimmen zu. “

Christine Thommen (FDP)

Votum

”Atomenergie ist in aller Munde. Aber erstaunlicherweise nicht in erster Linie deren Erzeugung, sondern vielmehr macht deren Abfall, beziehungsweise das bekannte

Entsorgungsproblem Schlagzeilen, weil es – aus nachvollziehbaren Gründen - keiner Region in der Schweiz ins Standortmarketing passt, sich als Stätte eines Atommüll-Endlagers anzupreisen. Ein griffiger Werbeslogan hierzu wurde noch nicht gefunden: Schaffhausen, ein strahlendes Paradies – nicht unbedingt ein Knüller.

Doch im Ernst: Im normalen Leben verläuft die Suche nach der Lösung eines Problems ja für gewöhnlich so: Man macht zunächst einmal die Ursache des Problems ausfindig, um zumindest weitere daraus resultierende Probleme zu vermeiden und auf dieser Basis dann auch die bestehenden zu lösen.

Seltsamerweise wird gerade dies meines Erachtens beim Atom-Müll-Problem nicht so gemacht. Man streitet sich zwar darum, wo das Endlager positioniert werden soll, der Fokus auch in der Öffentlichkeit ist vor allem hierauf gerichtet. In der Bevölkerung aber noch viel zu wenig diskutiert wird die Ursächlichkeit der Endlager-Thematik. Eben, dass überhaupt Atomenergie erzeugt wird, und zwar bis auf weiteres.

Nun, es ist mir auch klar, dass Atomenergie sicher alles andere als nur ein Problem ist. Deren Vorteile sind uns allen bekannt und auf die damit verbundenen Annehmlichkeiten würde niemand von heute auf morgen verzichten wollen.

Aber beim vorliegenden Vorstoss geht es auch nicht um heute oder morgen. Es geht um einen Zeitraum, der genau so lang ist, wie ich schon lebe. Und stellen Sie sich vor: Als ich auf die Welt kam, ja auch noch als ich zur Schule ging, da gab's noch keine Handys, keine E-Mails, keine i-Pods, kein Internet et cetera. Dinge, die aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken sind, waren noch vor wenigen Jahren gänzlich unbekannt. Nun, warum hat sich in diesen Bereichen in den letzten 30 Jahren so viel getan? Weil diese Errungenschaften den Menschen ein Bedürfnis waren, weil sie sie wollten und weil man infolge dessen Geld damit verdienen konnte.

Und ich bin überzeugt davon, dass der Mechanismus bei den Themen alternative Energien und Energieeffizienzsteigerung genau der gleiche ist:

Wenn sich nicht nur die Politiker im stillen Kämmerlein, sondern auch die Öffentlichkeit dafür ausspricht, das Problem des Endmülls an der Wurzel zu packen und dieses nicht auf die nachfolgenden Generationen abzuschieben, dann werden innovative Projekte angekurbelt und es wird in den Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung investiert werden. Dass ein Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist, zeigen diverse Studien, auch die Studie „Energieperspektiven 2035“ des Bundesamtes für Energie (BFE: 2007): Danach lässt sich die Stromversorgung mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien langfristig sichern, bereits heute könnte mit der besten verfügbaren Technik ein Drittel des schweizerischen Stromverbrauches eingespart werden und – last, but not least - ist ein klug gewählter Strommix aus Wasserkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Windkraft, in Kombination mit einer aktiven Effizienzpolitik, auch wirtschaftlich sinnvoll. Denn Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energie bringen Wertschöpfung im Inland und sind langfristig günstiger.

Ich bin mir bewusst, in dieser Frage scheiden sich die Geister, und wir werden heute kaum zu einer einhelligen Meinung, ja nicht einmal zu einem umfassenden Meinungsaustausch kommen.

Müssen wir auch nicht. Denn wir beschliessen heute, wenn wir den Vorstoss unterstützen, eigentlich nur etwas: Dass unsere Bevölkerung nicht nur bei der

Atom-müll-Endlager-Standort-Problematisierung mitredet, sondern dass sie auch über deren Ursächlichkeit und damit über die Zukunft der Atomenergie entscheiden soll und darf. Meines Erachtens sind wir als Politiker von links bis rechts unseren Auftraggebern, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Schaffhausen, gegenüber verpflichtet, dass wir diese Frage nicht im mehr oder weniger stillen Kämmerlein und in einer oft dicken Politluft, die eine konstruktive Diskussion leider ebenso oft zu verhindern scheint, entscheiden. In dieser Frage müssen eine breite Meinungsbildung und ein umfassender Meinungs-austausch stattfinden und schlussendlich soll unsere Bevölkerung über diese energiepolitisch langfristige Weichenstellung entscheiden können und auch entscheiden sollen. “

Ernst Spengler (SVP)

Votum

”Auch ich bin kein Fan von Atomenergie. Wie wir von Urs Tanner gehört haben, besteht unser Elektrizitätsverbrauch zu 40% aus Atomenergie und die Alternativen, die er aufzeigt, sind Wind, Solar, Geothermie und Bio. Gestatten Sie mir als Produzent von Solarenergie zu diesem Thema etwas zu sagen.

Auf unserem Betrieb werden jährlich zwischen 25'000 - 27'000 kWh Solarstrom erzeugt. Anhand von einigen Zahlen möchte ich die Probleme bei der Solarenergie aufzeigen:

Vergangene Woche habe ich mir die Mühe genommen von Montag bis Freitag von einer 10 kW-Anlage sieben Mal täglich die Daten abzulesen, die Streubreite liegt um

| | |
|-----------|----------------|
| 07.45 Uhr | 1 - 1,4 kW |
| 10 Uhr | 2 bis 7.1 kW |
| 12 Uhr | 4.7 bis 9 kW |
| 14 Uhr | 1.7 bis 9.1 kW |
| 15.30 Uhr | 0.0 bis 8.9 kW |
| 17.30 Uhr | 0.1 - 5.7 kW |
| 19.30 Uhr | 0.0 - 1.2 kW |

Die grössten Schwankungen waren am vergangenen Dienstag um 14 Uhr mit 9.1 kW zu verzeichnen, um 15.30 Uhr 0 kW und am Donnerstag um 12 Uhr 9 kW und um 14 Uhr 1,7 kW. Die grösste Tagesleistung betrug im Mai 80 kW, die gesamte Monatsleistung im Januar 270 kW.

Sie sehen also, nachts null, im Winter wenig, im Sommer gut, aber mit grossen Schwankungen, manchmal innerhalb von wenigen Sekunden. Da man Strom nicht speichern kann und im Netz eine gewisse Konstanz haben muss, kann Solarenergie nur als Ergänzung dienen; zu beachten ist noch, dass bei der Entsorgung von siliziumhaltigen Solarzellen Sondermüll entsteht.

Zur effizienten Erzeugung von *Windenergie* braucht es eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von 4,5 m pro Sekunde im Jahresmittel. Die Potenzialabschätzungen basieren auf dem Konzept “Windenergie Schweiz” aus dem Jahr 2004. Da ist ein Zeithorizont von 2010 erwähnt: Ziel Windenergie 100'000 Gigawatt Stunden in Strom pro Jahr, definiertes UVEK-Ziel im Rahmen von “Windenergie Schweiz”: Realisierung von 64 Windenergieanlagen an 10 Standorten, teils bereits in Planung, aus Sicht des Landschaftsschutzes relativ problemlos. Zeithorizont 2025: Ziel Windenergie 600 Gigawatt Stunden pro Jahr, sämtliche kantonalen und prioritären Standorte aus dem Konzept “Windenergie Schweiz”

realisiert. Zeithorizont 2050: 4'000 Gigawatt Stunden pro Jahr, alle Windparkstandorte sind realisiert; diese 4'000 Gigawatt Stunden pro Jahr entsprechen 7% des jetzigen Stromverbrauchs der Schweiz im Jahr 2050. Wir haben gehört, dass in den nächsten Jahren eine jährlich 2%ige Steigerung des Stromverbrauchs erwartet wird, jetzt können Sie die genannten Zahlen selbst in Relation zueinander setzen.

Geothermie: Wahrscheinlich ein gutes Potenzial, aber die produzierte Wärme muss noch umgewandelt werden und in Basel hat es "gepoldert".

Bioenergie: Ja, aber nur aus Biomasse der zweiten Generation, sonst fördern wir den Hunger und dann appelliere ich an Ihr soziales Gewissen. Letztes Jahr, als in den USA so viel Mais in die Energieproduktion floss, stieg der Maispreis - das Hauptnahrungsmittel der Mexikaner - derart, dass der Staat die Preise senken musste, weil das Volk die hohen Preise nicht bezahlen konnte.

2000 Watt-Gesellschaft: Alle haben einen Internetanschluss, Computer, TV, Geschirrspüler und eine Waschmaschine - verzichten Sie auf den Halbstundentakt, verschrotten Sie den Trolleybus. "

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Urs Tanner hat gesagt: Wer kein Atomendlager will, muss logischerweise gegen Atomenergie sein. Wer aber keine Atomenergie will, muss nicht zwingend gegen ein Endlager in unserer Region sein.

Ich frage mich, was für sozioökonomische Konsequenzen hat das Zwischenlager in Würenlingen, welches Abfallbehälter in einer einfachen Industriehalle offen aufbewahrt. Hat der Kanton Aargau deshalb eine Abwanderung zu verzeichnen? Sind die Bodenpreise dort gesunken? Keine dieser Befürchtungen ist eingetreten; im Gegenteil, der Kanton Aargau ist wirtschaftlich eine der stärksten Schweizer Regionen. Atomenergie und Endlager müssen getrennt betrachtet werden.

Heute habe ich zum ersten Mal in diesem Saal zu diesem Thema eine Kompromissbereitschaft seitens der SP feststellen dürfen, das hat mich sehr gefreut. Urs Tanner spricht vom Eingeständnis, naturnahe Gebiete künftig mit Solar- und Windkraftanlagen sowie verstärkter Wasserkraftnutzung belasten zu dürfen. Ich erinnere Sie an die Erhöhung der Grimselstauseemauer, Diskussionen über Restwassermengen et cetera.

Wenn links-grüne Organisationen zukünftig bereit sind, realistische Forderungen zu stellen, beziehungsweise notwendige Bauten im Energiebereich nicht dauernd zu bekämpfen, bin ich überzeugt, dass wir in 30 bis 40 Jahren atomenergiefreie Stromproduktionsformen entwickeln und betreiben können.

Es ist dazu aber wichtig, bereits heute die Forschung in diesem Bereich zu forcieren und Geld in atomfreie Energieformen zu investieren. Als einfaches Mittel lege ich Ihnen nahe, heute schon Ökostrom zu beziehen. Die Nachfrage erwirtschaftet bekanntlich die Mittel für neue Lösungsansätze.

Es ist ein einfaches physikalisches Grundgesetz. Ohne Druck bewegt sich nichts und niemand. Diesen Druck gilt es kontinuierlich zu verstärken. Die Geschichte von Ernst Spengler zeigt eine Pioniertat auf, die vorbildlich ist. Energie kann endlich sein, aber

Erfindungen sind es sicher nicht. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem ETH-Professor vor rund 20 Jahren, welcher aufzeigen wollte, dass wir mit der Geschwindigkeit des 386er-Computers am Ende angelangt seien. Das Militär hatte damals Technologien im 586er-Bereich, und man sagte, es sei nicht mehr wirtschaftlich umsetzbar. Heute würde niemand in diesem Saal freiwillig mit einem 386er arbeiten. Die Computerpreise sind mit rund Fr. 2'000.-- unverändert geblieben. Wir sehen darin, dass die Physik in der Erfindungsstruktur nicht endlich ist. Ich glaube, das ist ein Punkt, den sich sehr viele Leute aus dem Atom- und Nagra-Bereich hinter die Ohren schreiben müssten. Wir stecken in der heutigen Energieforschung noch in den Kinderschuhen, davon bin ich überzeugt. Wir haben bekanntlich 30 bis 40 Jahre Zeit, wenn wir heute Ja sagen würden. Das ist eine lange Zeit, und ich frage mich, ob es richtig ist, dass wir hier für spätere Generationen derart grosse Schritte vorbereiten müssen.

Wir müssen Lösungen bereitstellen, wenn wir für die nächste Generation bereit sein wollen, ohne Atomenergie kostengünstigen Strom zu produzieren. Unsere Industrie darf dabei aber nicht abgewürgt werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz, und dazu gehört auch unsere Region Schaffhausen, darf nicht verschlechtert werden.

Wenn Urs Tanner auch eine Stunde nach seinem Eintretensplädoyer noch kompromissfähig ist und seine Motion im Sinne des SR anpasst, werde ich vermutlich als einziger SVPLer seinem Vorstoss zustimmen. Ich erinnere mich an meine euphorische Jugendzeit, als wir mit Kantonsschulkollegen an der Schifflände bereits vor mehr als 40 Jahren mit Solarenergie Tee kochten und diesen den kopfschüttelnden Passanten verkaufen wollten. Damals hatte ich innerlich bereits der Atomenergie abgeschworen; uns allen und meinen drei Kindern zuliebe werde ich diesem Grundsatz nun hoffentlich nachleben können. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

“Wir haben heute sehr viele kluge Voten gehört, es war eine hoch stehende Debatte. Vor allem teilten eigentlich alle die Aussage, dass der Strom- oder der Energieverbrauch in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist und auch weiter steigen wird. Der Stadtpräsident hat erwähnt, dass wir heute bei einem Verbrauch von 6000 Watt angelangt seien, in den 60iger Jahren lag dieser noch bei 2000 Watt. Darin liegt tatsächlich eines der grossen Probleme und eigentlich auch der grosse Skandal. Die Energie ist zu billig, und sie ist zu billig, weil wir auf Kosten späterer Generationen Raubbau betreiben. Wir verbrauchen Erdöl, Gas und Uran, als ob es in unendlichen Mengen vorhanden wäre. Der Preis ist zu tief, und wir sind deshalb noch nicht zu den unbedingt nötigen Innovationen gekommen. Wir werden gezwungen sein, unseren Gürtel enger zu schnallen, Mass zu halten und Verbrauchsreduktionen mittels Innovationen für eine 2000 Watt-Gesellschaft anzustreben, und zwar weil die heute eingesetzten Energien endlich sind. Von allen Energieformen ist die Atomenergie diejenige mit der geringsten Nachhaltigkeit, gerade weil wir den dadurch produzierten und verschuldeten Abfallberg unseren Nachkommen für 100'000 Jahre aufbürden. Es ist eine Schuld, die wir nicht selbst abtragen können und wollen und Tausende von Generationen nach uns zu tragen haben. Deshalb bin ich absolut überzeugt, dass wir diese Motion heute überweisen müssen. “

Ernst Spengler (SVP)**Votum**

“Ich möchte zur Vorbildstadt Zürich noch etwas hinzufügen und sie ins rechte Licht rücken: Die Stadt will Fr. 200 Mio. in Windenergieanlagen investieren, und zwar mit

Option im Ausland. Das heisst im Klartext, man knallt den anderen die Propeller - die auch nicht geräuschlos sind - vor die Nase und klopft sich auf die Schulter "Wir sind atomstromfrei". Solange nicht auf dem Üetliberg flächendeckend Windenergieanlagen montiert werden, ist dies nicht ehrlich. "

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

"Ich schliesse mich dem Votum von Kurt Zubler an; dass die Diskussion einigermassen hoch stehend war und verwahre mich gegen mein flammendes für die Atomenergie - so war es nicht gemeint. Ich habe sehr differenzierte Aussagen abgegeben und gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass der Schlüssel nicht darin liegt, ob wir für oder gegen Atomenergie sind. Das müssen Sie bitte beachten. Der Schlüssel sind wir selbst. Sind wir bereit, auf alle Annehmlichkeiten zu verzichten? Einfach proklamieren, wir wollen keine Atomenergie mehr, notabene nur für die Stadtverwaltung, ist eine Sache; aber sind wir wirklich zugunsten der nachfolgenden Generationen bereit, unser Verhalten zu ändern? Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir lieber darüber reden - und vielleicht wird es auf einmal dunkel hier in diesem Saal, weil es keinen Strom, kein Erdöl und auch kein Uran mehr gibt. Deshalb glaube ich tatsächlich, dass es heute ein Signal braucht; es gilt, die drängenden Probleme unserer Energiezukunft anzupacken. Mir kann es egal sein, ich bin 56 Jahre alt und werde wahrscheinlich noch rund 25 Jahre leben - und für mich hat es noch genügend Reserven. Aber dann kommt ziemlich bald das Ende, und zwar von allem.

Ich bitte Sie, das heute mit der Motion angesprochene Thema ernst zu nehmen. Dazu hat mir das Votum von Christine Thommen gefallen und ihre Aussage, eine breite Meinungsbildung sei zu fördern. Im Votum von Martin Egger haben mir die Ansätze gefehlt. Es ist einfach zu sagen, alle Anzeichen weisen auf einen erhöhten Energieverbrauch hin, also müssen wir uns einfach damit abfinden, dass Atomenergie nötig ist. Das ist eine Sicht; aber ich bin überzeugt, dass wir an der Problemlösung arbeiten müssen, damit beispielsweise das Erdöl vielleicht nicht mehr nur 50, sondern sogar 150 Jahre ausreicht. Dazu benötigen wir schon heute ein entsprechendes Instrumentarium.

Ich habe aus der Diskussion heraus gehört, dass zumindest die "Zwischentöne" vorhanden sind. Bei der Diskussion um die 2000 Watt-Gesellschaft geht es wirklich um das "Eingemachte", und ich freue mich jetzt schon darauf. Ich glaube auch nicht daran, dass uns - wie von Edgar Zehnder ausgeführt - bis dann so viele Erfindungen ins Haus stehen.

In diesem Sinne ist der Stadtrat bereit, die Motion abgeändert - oder allenfalls als Postulat - entgegenzunehmen. Wir wären über eine abgelehnte Motion sehr unglücklich, da es unsere Handlungsfähigkeit sehr einschränken würde. "

Urs Tanner (SP)**Schlusswort**

"Das Postulat ist für mich kein Thema. Wenn mir auch nur eine Minderheit der FDP und der SVP - auch wenn es die kleinstmögliche ist - zustimmt, ist das unverbindliche Postulat nach Art. 56 keine Alternative, zumal es eine Änderung der Stadtverfassung beinhaltet. Es wäre ein Witz zu postulieren und nicht bei der Motion zu bleiben. Ich nehme meine Einleitung zurück, Sie haben mich extrem verblüfft, und ich glaube Ihnen, egal, welche Meinung Sie vertreten, dies mit bestem Wissen und Gewissen getan und nicht auf Personen oder Institutionen geschossen zu haben. Wir glauben

auch an unsere Wahrheit, wie Sie an Ihre. Die Interpretation ist klar, als Jurist klaue ich gerne, und ich kopiere den Verfassungsauftrag der Stadt Zürich. Die Motion war gleichlautend. Es ist auch klar, dass das Elektrizitätsmarktgesetz höheres Recht ist. Es ist jeder Bürgerin und jedem Bürger in der Stadt Schaffhausen unbenommen, bis ins Jahr 2785 sich auf das Gesetz zu berufen und auf einem reinen Atommix zu beharren. Weil ich im Jahr 2050 erst 83 bin, erkläre ich mich mit der vom Stadtpräsidenten vorgeschlagenen Änderung einverstanden. “

ABSTIMMUNG

Die Motion wird mit dem abgeänderten Wortlaut mit 21 : 11 Stimmen wie folgt erheblich erklärt:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage vorzulegen zum Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2050. Dieser Grundsatz sei unter gleichzeitiger Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in der Stadtverfassung zu verankern.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DER RATSPRÄSIDENTIN:

Während der Sitzung ist eine Kleine Anfrage von Marianne Schwyn aus der SP/AL-Fraktion betreffend Jugendarbeitslosigkeit vom 28.05.09 eingereicht worden sowie eine Interpellation von Till Hardmeier (JFSH) „Faire Meinungsbildung, Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption“ vom 28.05.09. Dieser Vorstoss wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.

Der Präsident der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit, Josef Eugster (SVP), meldet die Vorlage der Baufachkommission vom 08.06.09 „Gestaltung Freier Platz“ verhandlungsbereit. Sie wird an der Ratssitzung von 16.06.09 zusammen mit der Rechnung 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen behandelt. Es wird keine Doppelsitzung stattfinden.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:56 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt